Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 7 Mk. Durch die Post monatl. 7 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Hars 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Postscheckkonto: Leipzig 106848. Fritz Krod, Halle

Einzelpreis 40 Pf. | Halle, Dienstag, den 11. Oktober | 1. Jahrgang · Nr. 238

Die Eisenbahner vor dem Streik.

Um die Erhaltung des Achtstundentages.

Im Bezirk Halle haben sich durch das reaktionäre Verhalten der hortigen Eisenbahndirektion die Zustände bis zur Siedehitze gesteigert. Die Direktion schikaniert die Eisenbahner auf alle mögliche Art und Weise. Das Goslarer Protokoll, das eine Durchbrechung des Achtstundentages bedeutet, indem man eine zweistündige Mittagspause in die Arbeit einschieben will (auch die Rechte der Betriebsräte sollen geschmälert werden), soll zuerst im Direktionsbezirk Halle seine Durchführung finden. In Falkenberg hat eine Sitzung der Ortsgruppenleitungen des DEV. stattgefunden, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte. Bei den geforderten Situationsberichten erklärten 41 Vertreter der Ortsgruppen, die ungefähr 13 000 Arbeiter hinter sich haben, den **unbedingten Streikwillen** ihrer Mitglieder zur Abwehr dieser Maßnahmen. Zehn Vertreter, die insgesamt 900 Mitglieder vertreten, erklärten die Stimmung für zweifelhaft. Die Verhandlungen der Betriebsräte und Arbeiterorganisationen mit der Eisenbahndirektion scheiterten. Die Eisenbahner der Direktion Halle stellten an die Direktion **ein Ultimatum**, in dem sie verlangten, daß der Herrenstandpunkt aufgegeben werden solle, daß man den Achtstundentag respektiere und die Goslarer Richtlinien nicht anerkenne. Das Ultimatum lief am Donnerstagmittag ab. Die Eisenbahndirektion hat auf dieses Ultimatum nicht geantwortet. Darauf fanden in Halle Versammlungen der Eisenbahner statt, die von allen Eisenbahnerorganisationen einberufen waren. Nur die Reichsgewerkschaft schloß sich *aus*. Das Ergebnis der Versammlungen war der Beschluß, **im Direktionsbezirk Halle in den Streik zu treten.**

In Leipzig fand am 7. Oktober ebenfalls eine Versammlung der Eisenbahner statt, die vom DEV. einberufen war. Sie beschäftigte sich mit denselben Fragen. Genau wie in Halle, traten auch in Leipzig alle Organisationen der Arbeiter geschlossen auf den Plan.

An der Bewegung sind beteiligt: der DEV., der AEV. und GDE. Die Zentrale der Reichsgewerkschaft schloß sich der Bewegung nicht an. Es muß aber bemerkt werden, daß in Leipzig, Hauptbahnhof, Sächsische Seite, **alle Beamten einstimmig für die Bewegung eingetreten sind.** Dasselbe Bild betr. der Beamten ergab sich auch in Halle.

Am 8. und 9. Oktober fand im ganzen Direktionsbezirk Halle sowie im Bereiche der Ortsverwaltung Leipzig des DEV. eine Urabstimmung über den Streik statt. Das Ergebnis dieser Urabstimmung ist uns noch nicht im einzelnen bekannt. **Im ganzen hat die Abstimmung in Halle eine überwältigende Mehrheit für den Streik ergeben.** Wir können mitteilen, daß in den **Eisenbahnwerkstätten Engelsdorf 1491 Arbeiter für und nur 40 gegen den Streik** gestimmt haben. Die Eisenbahner treten mit ihren Organisationen geschlossen auf den Plan zur Abwehr dieses staatlichen Unternehmerangriffes auf den Achtstundentag. Gelingt der Eisenbahnverwaltung dieser Angriff, so wird in kürzester Zeit die gesamte Arbeiterschaft an die Reihe kommen. Bekannt ist, daß bereits auch der Reichspostminister durch eine Verordnung, über die wir kürzlich berichteten, den Achtstundentag beseitigte. Es handelt sich jetzt um den zweiten Akt der Unternehmeroffensive, der in der chemischen Industrie und in den Staatsbetrieben eingeleitet wurde und den Zweck hat, aus den Knochen der Arbeiter durch eine sich steigernde Mehrarbeit die Reparationsmilliarden herauszuholen. Die Arbeiterschaft kann den Schlag nur abwehren, wenn sie in geschlossener Front dem Unternehmertum, dem staatlichen wie dem privaten, gegenübertritt.

Die Situation ist äußerst ernst, das Proletariat kann keinen Tag mehr verlieren, wenn es nicht im Kampfe unterliegen will. Deshalb ist es notwendig, überall in Belegschaftsversammlungen die Lage zu besprechen und sofort Abwehrmaßnahmen zu treffen.

Das oberschlesische Rätselraten.

Die Völkerbundskommission tagt in Genf hinter verschlossenen Türen und wahrt ängstlich das Geheimnis der oberschlesischen Lösung. Die großen Berliner Zeitungen haben nun aber ihre Sonderberichterstatter nach Genf geschickt, die vor der Tür des Versammlungsraums herumschnüffeln und das Ergebnis ihres Schnüffelns in Gestalt ellenlanger Telegramme in die Heimat senden. Aus den unfruchtbaren Telegrammen geht nur das eine hervor: Sicheres weiß man noch nicht. Dasselbe Resultat ergibt sich aus dem Studium der Auslandspresse. In der Tat ist die Völkerbundskommission, die den oberschlesischen Knoten entwirren soll, wahrlich nicht zu beneiden. Wie man weiß, besteht die Kommission aus den Delegierten von Brasilien, China, Belgien und Spanien. Die vier Herren befinden sich zwischen dem Teufel und seiner Großmutter, das heißt zwischen England und Frankreich. Die englische Regierung möchte nach wie vor der deutschen Bourgeoisie entgegenkommen, Frankreich dagegen selbst durch Verschiebung der Polen bis oberschlesischen Kohlengruben an sich reißen. Die weltpolitische Lage und die Rücksichten auf Washington lähmen aber die Aktivität der englischen Regierung. Die englische Diplomatie wird gerade in diesen Wochen einen ernstlichen Konflikt mit Frankreich zu vermeiden wissen. Unter diesen Voraussetzungen wird in Genf wahrscheinlich ein Kompromiß zustandekommen, das die polnischen Wünsche weitgehend befriedigt. Oder aber man verschleppt die Entscheidung doch wieder, um Oberschlesien als Schacherobjekt für die großen Auseinandersetzungen in Washington aufzubewahren.

Oberschlesien und das Kabinett Wirth.

Neuerdings wird gemeldet, daß der Oberschlesien-Ausschuß des Völkerbundsrates die Teilung Oberschlesiens auf Grund der Sprachgrenze ohne Abänderung zugunsten Polens empfehlen werde. Das würde also den Verlust des Industriegebietes für Deutschland bedeuten.

Der „Vorwärts" ist infolge der für Deutschland ungünstig lautenden Nachrichten aus Genf um das Schicksal des Kabinetts Wirth äußerst besorgt. Das Blatt schreibt: Die Sozialdemokratie steht in Verteidigungsstellung zum Schutze des Kabinetts Wirth und seiner bisherigen Politik. Sie ist von vorn angegriffen von den Nationalisten Deutschlands und sie ist im Rücken bedroht durch die Entscheidung über Oberschlesien. Ob sie imstande sein wird, ihre Stellung zu behaupten, das wird von der Entscheidung über Oberschlesien abhängen. Fällt diese so ungünstig aus, wie hier befürchtet wird, so werden wir deshalb noch nicht die Flinte ins Korn werfen, aber wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß die Zukunft sehr dunkel vor uns liegt.

Briand für kapitalistische Solidarität.

Herr Briand hat in St. Nazaire eine sehr lange Rede gehalten. In dieser kommt ein Satz vor, den sich die Arbeiter Deutschlands gründlich einprägen müssen. Briand sagte:

„Ich hoffe, daß in kurzer Zeit angesichts einer solchen Lage die Großindustriellen der ganzen Welt das Bedürfnis fühlen werden, sich im Interesse ihrer eigenen Länder solidarisch zu erklären.

London, 11. Oktober. Die vom Reichskanzler Dr. Wirth in seiner Offenburger Rede zum Ausdruck gebrachte Hoffnung auf eine nicht allzuferne Konferenz zur Erörterung der drohenden Weltkrise wird von den Abendblättern an hervorragender Stelle gebracht. Neben den Worten Briands, daß die Großindustriellen und Staatsmänner der gesamten Welt vielleicht bald die Notwendigkeit einer Solidarität untereinander empfinden würden im Interesse eines jeden Landes, damit die Aufmerksamkeit der Welt auf die Notwendigkeit einer Regelung der Lage gerichtet werde, in die niemals Gleichgewicht gebracht werden könne, wenn nicht in der ganzen Welt Solidarität herrsche.

Ein Sittenbild aus der kapitalistischen Republik.

Der Kölner Wucher- und Kapitalverschiebungsprozeß.

Ul. Köln, 10. Oktober. Vor der dritten Kölner Strafkammer begann heute unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Buhe ein aufsehenerregender Prozeß gegen Watzl und Genossen wegen Preiswuchers, Kettenhandel und Kapitalverschiebung. Es handelt sich um die Tuchlieferungen für die preußische Sipo, bei der einschließlich der Valutagewinne nach Deckung sämtlicher Ausgaben ein Reingewinn von 61 Millionen Mark übrig geblieben ist. Der preußische Staat ist bei diesem Geschäft allein um 25 Millionen Mark betrogen worden. Die Hauptangeklagten sind: Ingenieur Watzl und Frau, Kaufmann Cleland, Kaufmann Henscher, ein Vetter des Ministers Severing, Ingenieur Trobeck, Kaufmann Schneider, Oberstleutnant Esche. Unter anderem sind als Zeugen geladen, der ehemalige Staatsminister Severing, Staatsminister Freund, Geheimrat Piesdorf und noch einige Ministerialbeamte. Watzl als tschechoslowakischer Staatsangehöriger und seine Frau, die nicht anwesend sind, befinden sich in Oesterreich in Haft. Das Auslieferungsverfahren schwebt. Watzl hat die Verhandlungen wegen Lieferung des grünen Militärtuches für die Sipo im Ministerium des Innern eingeleitet. Das Verfahren gegen diese beiden Angeklagten wurde abgetrennt. Zunächst wird der Angeklagte Cleland vernommen, der seit 1915 Offizier der englischen Armee und später in Köln Requisitionsoffizier war und nach seinem Abschied in Köln Handelsgeschäfte betrieb.

Vorsitz.: Haben Sie schon als Requisitionsoffizier Geschäfte gemacht? Angeklagter: Ich hatte mir 2500 Pfund gespart. Vorsitzender: Es wird vermutet, daß alle Ihre Geschäfte auf Kredit gemacht seien. Hatten Sie ein Warenlager in Köln? Angeklagter: Die Waren lagerten in London. Vorsitzender: Hält dem Angeklagten dann vor, auf seinen Briefbogen fälschlich angegeben zu haben, daß er von den deutschen Behörden Handelserlaubnis besitze und betont, daß von der britischen Handelskammer in Deutschland, deren Mitglied er sei, ein Verfahren gegen ihn geschwebt habe. Der Angeklagte leugnet dann, wie er dem Ministerium des Innern sein Angebot auf Tuche gemacht habe und machte dann sehr eingehende Angaben über die Entwicklung seiner Geschäftsverbindung mit Watzl.

Die Teuerungsflut überschwemmt uns.

Die Teuerungswelle dauert an, schreibt unser Wiener Parteiblatt, die „Rote Fahne".

Die Fleischpreise stiegen gestern weiter: Rindfleisch kostete 200 bis 300 Kronen, Kalbfleisch 300 bis 350 Kronen. Speck und Fett bis zu 780 Kronen, Schmalz bis zu 980 Kronen. Margarine 770 bis 820 Kronen! Reis ist in den letzten Tagen von 160 auf 288 Kronen emporgeschnellt. Bohnen von 30 bis 40 auf 70 bis 80 Kronen, gedörrte Schwämme kosten 800 Kronen. Erbsen 100 bis 120 Kronen! Zwiebeln und Kartoffeln sind vom Markt verschwunden.

Die Regierung erklärt, daß sie endlich mit dem Preistreibergesetz ernst machen wird, die Wirtschaftskommission des Reichsarbeiterrates fordert auch energisches Vorgehen gegen die Preistreiberei, aber das hindert die Warenspekulanten nicht, die Käufer ebensowenig wie die Verkäufer, an dem Hinauftreiben der Preise, an der Vollendung der Preisanarchie ihr kräftig Stück beizutragen.

Der Oberste Rat, der Hunger in Rußland und das Proletariat.

Von Max Barthel.

Der Völkerbund hat den Hungernden in Rußland die Hilfe versagt. Die Minister und Diplomaten der Weltbourgeoisie haben 20 Millionen Menschen zum Tode verurteilt. Der Oberste Rat ist der grausame Henker eines ganzen Volkes, das sterben soll, weil es unter den Roten Fahnen und neuen Sternen der Freiheit lebt.

Bezahle deine Schulden, und verjage die Bolschewiki, sagt der Franzose.

Bezahle deine Schulden, und du sollst satt werden, sagt der Engländer.

Und die kleinen Hilfsvölker plappern eifrig nach: Bezahle, und du sollst satt werden.

Sie selbst haben viel Schulden, der Engländer, der Franzose und alle die anderen; aber sie sind satt und sehen verschränkten Armes zu, wie in Rußland Millionen krepieren. Sie haben kein Geld für die Hungernden, aber sie haben Geld für neue Dreadnoughts. Ein Dreadnought weniger, und viele Millionen in Rußland wären gerettet.

Der Beschluß des Völkerbundes, Rußland die Hilfe zu verweigern, ist der größte Mord der Geschichte.

Die Proletarier in der ganzen Welt, die Unterdrückten, die Geschundenen, die selbst vom Elend bedrohten, müssen jetzt doppelt und dreifach auf den Plan treten, müssen ihre begonnene Hilfsaktion machtvoll anwachsen lassen, sie müssen den Henkerstrick des Obersten Rates zerreißen, den Hungernden und Verzweifelten helfen, Millionen russische Kinder retten.

Die Not der russischen Hungergebiete ist noch nicht in jedes Proletarierherz feurig eingebrannt, das große Sterben erschüttert noch nicht jede Brust, es wird immer noch getanzt und gesungen und kein Mund schreit: Hunger in Sowjet-Rußland! Helft! Hunderttausende krepieren!

Die Berichte der Sowjetregierung über die Hungersnot sind mit Blut und Tränen geschrieben. Die ganze Wolgaebene ist eine ausgedörrte Wüste. Samara wird „Sahara" genannt. Ein offiziöser Bericht über die Kalmückenrepublik sagt folgendes:

Ein aussterbendes Gebiet.

Die Lage in der Kalmückenrepublik ist katastrophal. Ackerbau ist nur in einem Bezirk, in Groß-Derbentow, möglich, wo gegen zweihunderttausend Deßjatinen bestellt werden. Die Versuche, auch das übrige Gebiet zu bebauen, sind gescheitert, hauptsächlich, weil landwirtschaftliche Geräte fehlen.

Die Steppe kann die Bevölkerung dieses Landes nicht ernähren. Die Kalmücken verdingen sich als Fischer in Astrachan, wo sie unter augenblicklich schweren Bedingungen zu arbeiten haben.

Die unterbrochenen Bürgerkriege, unter denen dieses Gebiet zweieinhalb Jahre lang litt, haben die Viehzucht fast vollständig vernichtet. Massenepidemien vernichteten den Rest des Viehbestandes. Medikamente sind nicht vorhanden. So wurden zum Beispiel anstatt 500 Pud Terpentin im ganzen Gebiet nur 25 Pud ausgegeben.

Die Sterblichkeit unter den Kalmücken steigt zusehends, und wenn nicht unverzüglich Hilfe geleistet wird, droht diesem Gebiete völlige Verödung. Nur die Wiederauffüllung des Viehbestandes auf die Ziffer der Vorkriegsjahre, auf eine Million Stück Vieh, und energische agronomische Maßnahmen können das Land vor dem Aussterben retten.

Seinem natürlichen Reichtum nach könnte das Kalmückengebiet zu einer landwirtschaftlichen Oase gemacht werden.

Nach Untersuchung der Lage in diesem Gebiet verfügte die Kommission Kalinins, daß in erster Linie Brot dorthin geschafft werden müsse.

Diese Berichte waren auch dem Obersten Rat bekannt. Nansen versuchte, den Obersten Rat damit zu erschüttern. Der Oberste Rat blieb hart und lehnte die Hilfe ab.

Das Kinderelend beleuchtet die offiziöse Meldung über Tscheljabinsk: In Tscheljabinsk sammelten sich selbständig 48 000 Kinder aus den umliegenden Dörfern, die hungrig und schmutzig und mit zerrissenen Kleidern unter freiem Himmel lagern. Es werden unverzüglich alle Maßnahmen getroffen, um diese Kinder auf die beste Weise nach Sibirien zu schaffen.

Was kümmern den Obersten Rat hungernde russische Kinder? Was interessieren ihn dem Hungertode ausgelieferte Kalmücken? Sie bestehen auf ihren Schein, auf dem die alten zaristischen Schulden geschrieben sind und wollen, wie Shylock, dem russischen Volke ihr Pfund Fleisch aus dem Leibe schneiden.

Die russische Arbeiter- und Bauernregierung hat den Kampf gegen den Hunger aufgenommen. Spätere Geschichtsschreiber werden staunend über diesen heroischen Kampf berichten. Es wird zu berichten sein, wie sich das russische Volk einmütig zusammenfand im Kampfe gegen die Hungersnot, wie der Bauer mit guter Ernte seinem Bruder half, dessen Ernte vernichtet war. Es wird zu berichten sein, wie die russische Sowjetregierung den Schicksalsschlägen trotzte und, selbst durch vierjährigen Krieg erschöpft, Millionen vor dem sicheren Tode rettete.

Schon heute sind 80 Proz. des Saatgetreides für die Hungergebiete bereitgestellt. Die Gouvernements mit guter Ernte übernehmen die Versorgung der Notstandsgebiete. Nach einem Plan versorgen die Gouvernements Jekaterinenburg und Tjumen das Gouvernement Ufa. Wiatka soll von Nord-Dwina und Wologda versorgt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211011-12/fragment/page=0001

werden, das Gebiet der Mari von Iwanowo-Woßnossensk und Kostroma, die Tatarische Republik von Sibirien, Wladimir und Petrograd, das Gebiet der Tschuwaschen von Moskau, das Gouvernement Simbirsk von Twer, Nowgorod von Pskow; Samara von Sibirien, Kaloda und Twer; das Gebiet der Wolga-Deutschen von Homel und Briansk; das Gouvernement Saratow von der Ukraine, Weißrußland und Smolensk; Zarytzin von der Ukraine; Uralsk von der Ukraine und Kursk, die Kirgisische Republik von Turkestan, Astrachan vom Nordkaukasus, Aserbeidschan und Georgien, das Gebiet der Kalmücken vom Nordkaukasus.

Wenn in einem Gouvernement nur einzelne Kreise von der Mißernte betroffen sind, so hat das betreffende Gouvernement für diese Kreise Sorge zu tragen.

Das organisatorische Gerippe der Hilfsaktion in Rußland ist aufgestellt. Die Hilfe der westeuropäischen Arbeiter muß um dieses Gerippe Fleisch schaffen. Mehr wie bisher müssen alle Kräfte mobilisiert, alle Hilfsquellen herangeholt werden zur Rettung.

Der Tag jährt sich zum vierten Male, an dem das russische Proletariat seine Ketten sprengte und einen gewaltigen Schlag gegen den Kapitalismus führte. Bisher wurde in der ganzen Welt dieser Tag als ein Tag des Jubels gefeiert. Es ist genug gejubelt worden. Darüber vergaß man das wichtigste. Man hat vergessen, daß Rußland vier Jahre blockiert war, daß Bürgerkrieg und Konterrevolution in ihm wüteten, daß Kälte und Sabotage es lähmten und daß der Hunger sich dieses Jahr übermächtig erhoben hat.

Die Tage des Oktober sollen keine Jubeltage, sie sollen Kampftage sein, Kampftage gegen den Hunger, gegen die Seuchen, gegen den Meuchelmord des Obersten Rates, für die Hungernden in Rußland, ein Ehren- und Kampftag für alle Arbeiter Westeuropas..

Der Unternehmerfeldzug gegen den Acht-Stunden-Tag.

Erst auf die amtliche Stellungnahme der preußischen Regierung zu der Wiedereinführung der 56-Stunden-Woche hielten es die Sozial**demokraten beider** Richtungen für geboten, auch ihre Meinung dazu **zu äußern,** obwohl doch gerade der Gewaltstreich der **Unternehmer** und nicht nur seine Billigung durch die Regierung eine energische Abwehr notwendig gemacht hätten. Der „Vorwärts" schreibt darüber:

„Nein, der Acht-Stunden-Tag ist nicht durchbrochen, gewiß nicht. **Nur die Arbeitswoche ist von sechs Tagen auf sieben Tage verlängert — weiter geht's nicht mehr** und die im Februar von 56 auf 48 Stunden verkürzte Arbeitswoche wird jetzt **wieder um 8 Stunden verlängert,** von 48 auf 56 Stunden. An den sechs Tagen der Arbeitswoche muß **viermal neun Stunden und nur zweimal in der Woche zehn Stunden gearbeitet werden,** um auf 56 Stunden zu kommen. Ob die Vertretung der Arbeiterschaft des Leunawerkes um ihre Zustimmung zu dieser Verschlechterung durch Vermehrung der Arbeitstage auf sieben oder durch Ueberschreitung **des Acht-Stunden-Tages — wie man es nehmen will —** befragt wurde, über all das schweigt sich der Pressedienst aus. Dafür **verweist er auf einen Gesetzentwurf,** der in der vorliegenden Gestalt **sicherlich nicht Gesetz werden wird."**

Die Stellung der USPD. Wesentlich schärfer ist die Haltung **der USP.** Die „Freiheit" weist zu den Vorgängen in Leuna auf **das** Arbeitszeitgesetz hin, das **bekanntlich** die 56stündige Arbeitswoche für Schichtwechselbetriebe vorsieht und fährt dann fort:

„Die chemische Industrie macht sich diesen Umstand sofort zunutze und geht mit der Einführung der 56stündigen Arbeitswoche voran. **Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß andere Industriezweige dem Beispiel folgen werden.** Denn die Zahl der Betriebe, die die Notwendigkeit des siebenten Arbeitstages nachweisen können, ist groß. **Hier liegt die Gefahr vor, daß der Acht-Stunden-Tag insoweit im Umfange umgangen wird, daß für die Arbeiterschaft außerordentliche Schäden hieraus entstehen müssen. . . .** Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, für die **Gewerkschaften,** diesen Streich **abzuwehren und sofort in großem Umfange Vorkehrungen gegen derartige Versuche treffen."**

Weiterhin wird verlangt, daß sich die deutschen Gewerkschaften zu dieser Angelegenheit, die von grundsätzlicher Bedeutung ist, sofort äußern, und daß die Spitzenkörperschaften bei der Regierung ohne Zögern die notwendigen Schritte tun.

Wir stimmen mit der USPD. durchaus darin überein, daß die Gewerkschaften sofort Maßnahmen treffen, um die Unternehmerangriffe auf der ganzen Linie abzuwehren. Aber wir glauben, daß das dringendste, was im Augenblick getan werden muß, nur sein kann, die Alarmierung der gesamten Arbeiterschaft gegen die Unternehmerversuche, den Acht-Stunden-Tag abzuschaffen, und die lebhafteste Agitation unter den Gewerkschaftsmitgliedern, unter der gesamten Arbeiterschaft, um den Acht-Stunden-Tag mit allen Mitteln und mit aller Zähigkeit zu verteidigen. Die „notwendigen Schritte bei der Regierung" werden nur dann Erfolg für die Arbeiterschaft haben, wenn hinter dem verhandelnden ADGB. die drohende Faust des deutschen Proletariats steht. Andernfalls werden sie ausgehen wie das Hornberger Schießen, das Proletariat wird wieder genarrt sein und eine neue schwere Niederlage wird das Ergebnis der „notwendigen Schritte" sein.

Arbeiter, die den Acht-Stunden-Tag durchbrechen.

Die mechanischen Werkstätten Spindler und Hoyer fragten ihre Arbeiter, ob sie täglich 10 Stunden arbeiten wollen. Die Arbeiter, die fast alle der SPD. und USPD. angehören, erklärten sich für die Durchbrechung des Acht-Stunden-Tages, indem sie sich für die 10stündige Arbeitszeit entschieden.

Es ist Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter, ihre rückständigen Kollegen auf die schweren Gefahren hinzuweisen, die sie durch ihr unsolidarisches Verhalten nicht nur über die Arbeitslosen, denen sie die Arbeit wegnehmen, sondern auch über die ganze Arbeiterklasse heraufbeschwören. Wer heute den Acht-Stunden-Tag durchbricht, fällt seinen schwer kämpfenden Klassengenossen im ganzen Reiche in den Rücken und stärkt die Position der Ausbeuter.

Die Stellung der Kommunisten zur sozialistischen Regierung in Thüringen.

Nach dem Zusammentritt des neugewählten Landtages in Thüringen hat sich eine sozialistische Regierung gebildet. Unsere Genossen haben ihre Stellung zu dieser Regierung in einer längeren Erklärung präzisiert, der wir folgendes entnehmen:

Die Wahlen ergaben eine sozialistische, kommunistische Mehrheit und schufen die Voraussetzungen zur Bildung einer sozialistischen Regierung.

Trotz der sozialistischen Mehrheit versucht das Bürgertum die Fortsetzung seiner konterrevolutionären Regierungspolitik, indem sie eine Koalitionsregierung von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei erstrebt, um auf legalem Wege ihre politischen und militärischen Rüstungen weiterzuführen. Dem gegenüber verlangen die Arbeiter der SPD. und der USP. eine sozialistische Regierung.

Wir Kommunisten sind uns bewußt, daß die sozialdemokratischen Parteien auf Grund ihrer bisherigen Tätigkeit und ihrer politischen Einstellung die Hoffnungen der Arbeiter nicht erfüllen werden. Trotzdem werden wir eine sozialistische Regierung ermöglichen und diese inner- und außerparlamentarisch unterstützen, soweit sie arbeiterfreundliche Politik treibt. In die Regierung einzutreten, lehnen wir ab, weil die sozialdemokratischen Parteien entsprechend ihrer Stellung zur kapitalistischen Wirtschaftspolitik und ihrer Unterstützung der Ententeforderungen, sich als Parteien des kapitalistischen Wirtschaftsaufbaues betätigen müssen und wir hierfür die Mitverantwortung nicht übernehmen können.

Die gesamte Arbeiterschaft wird gezwungen werden, mit uns durch den zunehmenden Druck der Steuerlasten und das Versagen der sozialdemokratischen Regierung mit allen Mitteln den Kampf um seine Existenz zu führen. Die Arbeiter werden dabei notwendig in Konflikt mit der bürgerlichen „demokratischen" Verfassung und den legalen und illegalen Machtmitteln der Bourgeoisie kommen. Es wird sich dann zeigen, daß die besitzende Klasse alles versucht, um die sozialistische Regierung als Mittel zur Ablenkung und Zersplitterung des Ansturmes der arbeitenden Massen auszunutzen. Die sozialdemokratischen Parteien aber werden in dieser Situation zeigen müssen, ob sie Hilfsorgane der Bourgeoisie sein wollen oder ob sie bereit sind, die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Die Arbeiterregierung bietet die Möglichkeit, auf legalem Wege unter weitester Ausnutzung der bürgerlichen Demokratie die Sammlung der Arbeitermassen durchzuführen. Sobald die Regierung unter dem Drucke der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung positive Maßnahmen auf dem Wege des Fortschritts zum Sozialismus zu verwirklichen versucht, wird sie auf den rücksichtslosen Widerstand des gesamten Machtapparates der Bourgeoisie stoßen. In diesem Kampfe um die Verwirklichung ihrer elementarsten Forderungen wird die Arbeiterschaft erkennen, daß die Sicherung der proletarischen Lebensexistenz nur möglich ist durch Sprengung des Rahmens der bürgerlich „demokratischen" Staatsverfassung.

Gefangene Kommunisten treten in Hungerstreik.

Seit Ende März sitzen in Breslau noch immer neun Genossen wegen der widersinnigsten Anschuldigungen in Untersuchungshaft. Unsere Genossen haben nun folgenden Brief an die Landdirektion geschrieben:

„Herrn" Landgerichtsdirektor!

Nachdem der Verlauf und das Ergebnis des Verfahrens gegen den Parteisekretär Klein vor aller Welt das an uns begangene Unrecht klargelegt hat, sind wir nicht mehr gewillt, als Opfer einer verbrecherischen Polizei und einer summarischen Justiz zu dulden. Das öffentliche Gewissen muß sich auflehnen gegen einen Zustand der Willkür, in dem Staatsbürger kommunistischer Gesinnung von ihren politischen und persönlichen Feinden böswillig oder leichtfertig grundlos verdächtigt, monatelang ihrer Freiheit beraubt werden können. Unsere Verleumder sind als Schurken entlarvt, das Schwurgericht geht über seine Anschuldigung zur Tagesordnung über. Da ist es wohl hohe Zeit, uns freizulassen!

An die hundert Kommunistenverhaftungen haben die Liebermann, Lyß, Nixen im Verlauf dieses Jahres vorgenommen bzw. bewirkt. Kaum gegen ein Fünftel konnte überhaupt ein Verfahren eingeleitet werden und nicht in einem einzigen Fall konnte das „Material" der Breslauer Polizei die Verurteilung unserer Genossen herbeiführen. Hunderte von Monaten durch Kommunisten unschuldig erlittener Untersuchungshaft bleibt demnach der Erfolg, den die Verbrecher von der Breslauer politischen Polizei sich hohngrinsend und ungestraft verbuchen können.

Diese, an die Zeiten Ludwig XVI. von Frankreich erinnernden Zustände von Korruption und Niedertracht müssen ein Ende nehmen und sei es ein Ende mit Schrecken.

Wir sind daher entschlossen, ab **Freitag, den 14. Oktober,** solange jegliche Nahrungsaufnahme zu verweigern, bis das an uns begangene Verbrechen durch unsere Freilassung wieder gutgemacht, oder unser Tod erfolgt ist.

Durch unsere Freilassung wollen wir uns keineswegs dem Verfahren entziehen. Da wir jede Gelegenheit zu kommunistischer Propaganda wahrnehmen sollen, ist uns die Verhandlung vor dem Reichsgericht durchaus nicht unerwünscht, sondern lediglich eine Untersuchungshaft, die ein Polizei- und Justizverbrechen darstellt. Im Gegenteil, wir versichern feierlichst, daß wir nicht fliehen und uns zum Termin stellen werden. Ja, wir sind unserer Sache so sicher, von unserer Schuldlosigkeit so durchdrungen, daß wir auf die Weiterführung des Verfahrens bestehen auf alle Fälle.

Wir werden eines Hochverrats beschuldigt, der angeblich im Herbst 1921 begangen werden sollte. Die Akten geben hierfür nicht den geringsten Anhaltspunkt. Dennoch hält man uns wegen dringenden Tatverdachts in Haft. Gegen die Teilnehmer an dem doch zweifellos vollendeten Hochverrat der Kapp, Jagow und Genossen, die durch Bürgerkrieg, Mord, Meuterei usw. der deutschen Republik schweren wirtschaftlichen und politischen, Tausenden von Menschen an Leben und Eigentum Schaden zufügten, besteht dieser dringende Tatverdacht nicht. Das Reichsgericht bedient sich öffentlich zweierlei Maß: eines an Begünstigung grenzenden gegen die kapitalistischen Monarchisten, eines an Klassenhaß grenzenden gegen die kommunistischen Republikaner."

Unsere Genossen werden den Hungerstreik durchführen. Sie werden aber nur Erfolg haben, wenn alle Arbeiter geschlossen hinter ihrer Forderung stehen.

Was tut die preußische Regierung in der Mordsache Buchholz?

Die Kommunistische Fraktion hat im Preußischen Landtag folgende große Anfrage eingebracht:

Ist dem Staatsministerium bekannt, daß der Wachtmeister der Hundertschaft zur besonderen Verwendung Buchholz am 15. Juni d. J. in seinem Dienstzimmer ermordet wurde?

Ist dem Staatsministerium weiter bekannt, daß der Berliner Polizeipräsident die Untersuchung dieser Mordsache einer bei der Schupo bestehenden, daher inobjektiven Kriminalstelle übertragen hat, durch die bisher keine Aufklärung, sondern Verdunkelung und Verschleppung betrieben worden ist?

Ist dem Staatsministerium weiter bekannt, daß die Hundertschaft z. b. H. in dem dringenden Verdacht steht, an erfolgreichen Waffenschiebungen beteiligt zu sein, und daß den Hauptbeschuldigten, Assessor Heil, und Hauptmann Bostelmann die Möglichkeit gegeben wurde, sich durch Flucht der Verantwortung zu entziehen?

Hat das Staatsministerium ferner Kenntnis davon, daß in der Hundertschaft z. b. V. eine Geheimorganisation, der „Bund der Ringmannen" gegründet worden ist, dessen Statuten fast wörtlich mit denen der Münchener Geheimorganisation übereinstimmen?

Ist das Staatsministerium bereit:

1. die Untersuchung in der Mordsache Buchholz einer zuverlässigen Dienststelle zu übertragen und von den Mannschaften gewählte Vertrauensleute hinzuzuziehen;
2. sofort die strengste Untersuchung der Waffenverschiebungen, ebenfalls unter Hinzuziehung von Schupo-Vertrauensleuten anzuordnen;
3. den durch und durch konterrevolutionären Truppenteil, der der Schupo eingegliedert worden ist, sofort aufzulösen;
4. den Hinterbliebenen des ermordeten Buchholz die durch den Tod verursachten Kosten zu erstatten und ihnen eine dauernde Rente in Höhe des vollen zuletzt bezogenen Gehalts zu gewähren?

Wir sind mit Recht gespannt, wie der Orgeschbeschützer Dominicus sich verantworten wird. Die Arbeiter haben alle Veranlassung, diesem demokratischen Umlerner gegenüber äußerst skeptisch zu sein.

Fünfundzwanzig „Verbrechen".

Unser Remscheider Parteiorgan „Bergische Volksstimme" erfreut sich größter Beliebtheit bei der Staatsanwaltschaft. Nicht weniger als 25 Anklagen hat die republikanische" Behörde aus den Märztagen gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Kunze zusammengeschustert. Daß Genosse Kunze als Landtagsabgeordneter immun ist, stört die Herrschaften recht wenig und so haben sie im Geschäftsordnungsausschuß des Landtags einen Antrag auf Strafverfolgung eingereicht. Nach den bisherigen Erfahrungen bei den Genossen Scholem und Schoenbeck wird dem wohl von der bürgerlichen Mehrheit Folge geleistet werden.

So geht man systematisch daran, der Kommunistischen Partei einen Redakteur und einen Abgeordneten nach dem anderen zu rauben. Das ist die bequemste Methode, die gefährlichen, gehaßten Gegner loszuwerden.

Und dennoch wird die kommunistische Presse den Massen vorangehen, wird sie den Proletariern das sagen, was gesagt werden muß.

Zur Aussperrung der Metallarbeiter in Dresden

Anfrage der Kommunisten im Sächsischen Landtag.

Die Metallindustriellen des Dresdner Bezirkes haben ihre Arbeiter ausgesperrt.

Die Papierindustriellen, an ihrer Spitze Herr Dr. Niethammer, lehnen es ab, die Forderung der streikenden Papierarbeiter anzuerkennen und zu bewilligen.

Ist die Regierung bereit

1. auf die Unternehmer einzuwirken, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen;

2. im Falle der weiteren Weigerung, um die Möglichkeit der Bewilligung festzustellen, unter Hinzuziehung der Betriebsräte eine Revision der Betriebe und der Kapitalien durchzuführen;

3. die Enteignung der Unternehmer einzuleiten, die nach erfolgter Aufforderung durch die Regierung es weiter ablehnen, die Löhne der Arbeiter zu bewilligen.

Wir ersuchen um schnellste schriftliche Antwort.

Ferner hat die kommunistische Fraktion folgenden Antrag zur **Linderung der Not der Arbeiterrentner** eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung aufzufordern:

den Arbeiterrentnern ist im Freistaat Sachsen auf Grund der sprunghaften Teuerung sofort eine einmalige Teuerungszulage von 1000 Mk. auszuzahlen.

Bis zur zeitgemäßen Umgestaltung der Reichssozialgesetzgebung ist den Arbeiterrentnern eine laufende Beihilfe zu gewähren. Dieselbe muß so hoch sein, daß Renten und Beihilfe zusammen das Existenzminimum erreichen.

Den Rentenlosen sind dieselben Zuschüsse zu gewähren.

Die Rußlandhilfe.

Erfolge der Kindergruppen.

Die Kommunistische Kindergruppe der kleinen Gemeinde Botnang in Württemberg hat nach eingehender Aufklärung der Jungen und Mädels über die große Not der russischen Arbeiter und Bauern, sowie der hungernden Kinder im Wolgagebiet beschlossen, eine Sammelwoche für die Kinder in Sowjet-Rußland durchzuführen. Das Ergebnis ist ein glänzendes. Eine stattliche Anzahl Kinderkleidchen, Kinderwäsche und Schuhe, sowie Schreibhefte, Bleistifte, Federhalter usw. haben die jungen proletarischen Kämpfer für ihre russischen Brüder gesammelt. Mögen sich die Alten diesen Opfersinn ihrer Kinder zum Beispiel nehmen.

SPD.-Arbeiter liefern ihre Sammlungen an die Arbeiterhilfe.

Von der Ortsgruppe der SPD. in Oppeln erhielt das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland die erste Rate der Sammlung der Bezirksparteien für die Rußlandhilfe. Allen Verleumdungen gegen unser Komitee zum Trotz haben die dortigen SPD.-Genossen ihr Vertrauen zum Komitee Arbeiterhilfe zum Ausdruck gebracht.

Ueberschuß von künstlerischen Veranstaltungen für die Hungernden in Rußland.

Der dritte Verwaltungsbezirk Wedding von Groß-Berlin hielt eine proletarische Solidaritätsveranstaltung zugunsten der Hungernden in Sowjet-Rußland ab. Arbeitersänger, Musiker, Turner, Radfahrer und Athleten haben bereitwilligst mitgewirkt und zum guten Gelingen der Feier beigetragen. Auch die Kommunistische Jugend und die Kommunistischen Kindergruppen haben ihr Teil dazu beigetragen. Die Feier war von 6—7000 Gästen besucht und ergab einen Ueberschuß von 10 467,95 Mk.

Auch in Dresden wurde ein proletarischer Abend zugunsten der Sowjethilfe organisiert, dessen Ueberschuß 715,90 Mk. betrug. Ein proletarisches Landfest in Buchholz bei Düsseldorf brachte 500 Mk. ein.

Neue Möglichkeiten, Abgeordnete unschädlich zu machen.

Die Vorgänge im Danziger Volkstag vom 4. August 1921 sind zur Grundlage eines selbst in den Analen der deutschen Rechtsgeschichte unerhörten Verfahrens gegen unsere Parteigenossen, die Abgeordneten Rahn und Schmidt gemacht worden. Auf Grund des § 105 des Strafgesetzbuches, der u. a. lautet: „Wer es unternimmt, aus einem Parlamente Mitglieder gewaltsam zu entfernen, wird mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren bestraft", hat man gegen unsere Genossen den Vorwurf der „Parlamentssprengung" erhoben. Nach jedem vernünftigen Ermessen kann diese Bestimmung nur so ausgelegt werden, daß die Parlamentarier vor Eingriffen Unberechtigter geschützt werden sollen. Was geschah nun in Danzig? Zitternd vor Angst vor dem Generalstreik der Arbeiterschaft hatten die Bürgerlichen im Parlament schwer bewaffnete Schutzpolizei untergebracht. Unsere Genossen protestierten gegen diesen Rechtsbruch. Es kam zu Zusammenstößen harmloser Art, bei denen u. a. eine Wasserflasche ausgegossen wurde. Daraufhin ließ der Polizeisenator Schimmer bewaffnete Polizisten in den Sitzungssaal eindringen und unsere Genossen Rahn und Schmidt verhaften. In jedem, auch nur einigermaßen republikanisch-demokratisch regiertem Staate hätte dieses Vorgehen gegen Parlamentarier gerade die verantwortlichen Instanzen, also die Schutzpolizei und den Polizeisenator Schimmer unter die Anklage des § 105 stellen müssen. Anstatt dessen werden unsere Genossen vor das Klassengericht geschleppt. Sämtliche beteiligten Parlamentarier, die als Zeugen vernommen wurden, darunter auch die polnischen Vertreter, haben günstig für die Kommunisten ausgesagt. Zudem steht die ganze Arbeiterschaft Danzigs bis zur SPD. fest und geschlossen hinter Rahn und Schmidt. Als Verteidiger war der Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld aus Berlin erschienen. Selbstverständlich „erledigte" der Justizapparat, der im Klassenstaat die letzte politische Instanz ist, unsere Genossen auftragsgemäß und ohne besondere Rechts- oder Gewissensbeschwerden. Rahn und Schmidt wurden wegen Verbrechens gegen § 105 des Strafgesetzbuches zu **einem Jahre Festung** verurteilt.

Die Leipziger USP. zur Koalition.

In einer von über 2000 Personen besuchten Versammlung nahmen am Sonntag die Unabhängigen in Leipzig zur Regierungsbildung Stellung. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

Die versammelten Mitglieder der USP. Leipzigs billigen die Schritte, die Zentralkomitee und Reichstagsfraktion der USP. in der Frage der Regierungsbildung getan haben, insbesondere deshalb, weil damit erneut die Richtigkeit der Auffassung der USP. festgestellt wurde, daß eine Koalition zwischen sozialistischen und nichtsozialistischen Parteien nur dann möglich ist, wenn die sozialistischen Parteien auf die Durchsetzung sozialistischer Forderungen verzichten.

Sollte im Laufe der Zeit erneut die Frage des Eintritts der USP. in eine Regierung mit nichtsozialistischen Parteien auftauchen, dann muß die letzte Entscheidung darüber einem Parteitag resp. den Parteigenossen selbst vorbehalten bleiben.

Der Streik in der westdeutschen chemischen Industrie

Die „Magdeburgische Zeitung" meldet: In Höchst ist die Lage zurzeit unverändert. In Griesheim, wo sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer voriger Woche geeinigt hatten, erschienen heute morgen die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben. Wider Erwarten verließen sie jedoch schon nach kurzer Zeit wieder ihre Arbeitsstätten mit der Erklärung, daß sie mit den inzwischen durch Plakat in den Arbeitsräumen bekanntgegebenen neuen Arbeitsbedingungen nicht einverstanden seien.

Wegen Landfriedensbruches kommen am 13. Oktober vier Proletarier aus Waldenburg und Niederhermsdorf vor das Schwurgericht Schweidnitz. Weil sie am 1. Mai die rote Fahne auf den Schächten gehißt haben, wobei Unternehmer und ihre Knechte sie zu behindern suchten, sollen sie jetzt vor ein Klassengericht gestellt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211011-12/fragment/page=0002

Brief aus dem Leunawerk.

Ammendorf, den 10. Oktober.

Leuna-Arbeiter! Ihr habt diese Woche verschiedene Zeitungen zugeschickt bekommen, die „Hallischen Nachrichten", die „Volksstimme" und das „Merseburger Tageblatt". Warum, von wem? Einzig und allein die Leunadirektion hat die Hand im Spiele, um Euch einzuschläfern, denn der Inhalt war in allen Zeitungen ein Rechtfertigungsversuch der Leunodirektion. Wer bezahlt den Verlagen diese große Ausgabe? Es fällt ihnen doch nicht ein, die Zeitung umsonst zu liefern. Sondern die Leunadirektion hat so an einige Tausend Mark ausgeworfen. Warum erhielten nicht andere Ortseingesessene auch welche? Nein, nur die, welche in Leuna tätig sind. Merkt Ihr was?

Und, warum bewerkstelligt Du nicht, daß wir eine Belegschaftsversammlung trotz alledem zustandebringen? Hat der Betriebsrat doch nach eigenem Gutdünken die Einstellungsbedingungen gebrochen, als für unsere dahingerafften Oppauer Kameraden Geld gesammelt wurde. Wir durchbrechen eben auch diese Bedingungen und wollen Belegschaftsversammlungen haben!

So kann es nicht mehr weiter gehen, auf keinen Fall!

Sklaven von Leuna, die Ihr Tag und Nacht, Werktags, Sonntags und Festtags arbeiten müßt, schüttelt Eure Ketten ab, bevor Ihr erwürgt seid.

Ein Beispiel, wie die Leunaarbeiter jetzt andauernd übers Ohr gehauen werden. Nach dem Tarif soll ein jeder Arbeiter für das Schmieren der Pumpen 20 Pf. Schmiergeld pro Stunde erhalten. Ja, er erhält sie, aber wann? Nur, wenn er ein Jahr an diesem Posten ist. Und dann? Wenn er beantragt, so wird er wo anders hingestellt und Leuna hat das Geld gespart. So ist es auch mit den Anzügen, die der Schmierer geliefert bekommt. Kein Meister traut sich etwas zu sagen, aber sonst haben sie das große Wort: Ihr sliegt, wenn ich es noch einmal sehe usw.

Der Leunakönig Daniel sollte sich lieber um diese Dinge kümmern, als mit bürgerlichen Pressemenschen über die Notwendigkeit der Prämienarbeit usw. zu faseln. Ein Leunaarbeiter.

Auslands-Uebersicht.

Drohender Monarchistenputsch in Oesterreich.

Wien, 11. Oktober. Die „Arbeiterzeitung" teilt mit, daß der seit einigen Tagen hier umlaufenden Gerüchten von einer bevorstehenden Gegenrevolution, die in der vergangenen Woche in der Wiener Bevölkerung zu einer Panik führten, Treibereien der sogenannten Monarchistenpartei unter Beteiligung der Frontkämpfer zugrundeliegen. Die „Arbeiterzeitung" behauptet, daß ihr eine ganze Anzahl vertraulicher Sitzungsberichte und Denkschriften in die Hände gekommen sind. Aus diesen soll hervorgehen, daß die Monarchistenpartei an der Aufrichtung der alten Habsburger Monarchie und dem alten römisch-deutschen Kaiserreiche unter Ausschluß Preußens arbeite. Sie habe auch in der Tschecho-Slowakei Verbindung mit einer böhmischen Königspartei.

Neue Kandidatur eines Helden des Schwarzen Meeres. Wie aus Paris gemeldet wird, dürfte die Wahl Martys in den Pariser Gemeinderat ein Seitenstück finden. Die Kommunisten des 14. Bezirks von Paris haben beschlossen, als Kandidaten für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl den Genossen Badina aufzustellen, der zusammen mit Marty die Meuterei der französischen Matrosen im Schwarzen Meer geleitet hat. Badina sitzt ebenso wie Marty wegen seiner tatkräftigen Solidarität mit Sowjet-Rußland im Zuchthaus des Herrn Briand.

Prozeß gegen Genossen Pestana. Genosse Pestana, der bekannte Führer der spanischen revolutionären Gewerkschaften, der in Barcelona in Haft sitzt, ist jetzt zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Der rumänische Außenminister in London. Wie aus London gemeldet wird, ist dort Herr Take Jonescu, der rumänische Minister des Auswärtigen, eingetroffen. Er wird mit Lloyd George und Lord Curzon Unterredungen über die politische Lage haben. In den gegenwärtigen Umständen ist der Londoner Besuch Take Jonescu's von großer Wichtigkeit, denn der rumänische Kriegshetzer will offenbar feststellen, wieweit England bereit wäre, einer rumänischen Offensivpolitik gegen Sowjet-Rußland seine Unterstützung zu leihen.

Revolution in Peru. La Paz, 10. Oktober. Aus den an Ecuador grenzenden peruanischen Bezirken Tumbez und Piura wird eine Revolution gemeldet.

Gewerkschaftliches.

Dißmann-Methoden.

Franz Michaelis, Angestellter des Bekleidungsarbeiter-Verbandes, will es den „großen" Dißmann-Praeglow und Konsorten nachtun. Auch er sieht in den Mitgliedern nur Masse, die wohl bezahlen können, aber nichts zu sagen haben. Er allein ist der berufene „Führer", dessen Willen die Mitglieder zu respektieren haben. In der vorletzten Mitgliederversammlung hatte er es fertgebracht, den Willen der Mitglieder auszuschalten und die Anträge für eine Unterstützung aus der Lokalkasse an die „Rote Hilfe" und für Sowjet-Rußland abzuwürgen. Dieser Antrag stand nun in der letzten Versammlung abermals zur Beratung. Und was tat Herr Michaelis? Er setzte, ohne die Ortsverwaltung zu fragen, hinter diesen Antrag einen weiteren Antrag auf Erhöhung der Lokalbeiträge. Die Mitglieder aber waren damit gar nicht einverstanden und lehnten durch Mehrheitsbeschluß diesen Tagesordnungspunkt ab. Herr Michaelis gab darauf die Erklärung ab, daß er in Zukunft die Ortsverwaltung überhaupt nicht mehr zu einer Sitzung einberufen werde, und zwar solange sich die Mitglieder an den Sitzungen der kommunistischen Fraktion beteiligen würden. Auch diese Erklärung brachte dem Herrn Michaelis eine Niederlage. Ohne daß dem Antragsteller Gelegenheit gegeben wurde, die Anträge zu begründen, sagt Michaelis und nach ihm Herr Saar, ein Rechtssozialist (der unter allgemeiner Heiterkeit meinte, daß die kommunistische Bewegung in Mitteldeutschland mit Kommunismus nichts zu tun habe, sondern schon Boischewismus sei), über die Kommunisten her, um durch Lüge und Verleumdung Stimmung gegen die Anträge zu machen. Durch Beschluß der Versammlung wurde dem Antragsteller nun doch Gelegenheit gegeben, die Anträge zu begründen. Nach kurzer Aussprache beantragte dann Michaelis Zettelwahl (er hatte seinen Plan gut vorbereitet). Die Abstimmung ergab Ablehnung des Antrages mit 55 gegen 54 Stimmen. Kleinlicher Egoismus und Gehässigkeit hatte nach allen demagogischen Machinationen und Schiebungen des Geschäftsführers Michaelis, mit einer Stimme gesiegt. Drei Ortsverwaltungsmitglieder protestierten nun in einem Antrage gegen das eigenmächtige und statutenwidrige Vorgehen des Vorsitzen. Nach kurzer Aussprache wurde nachstehender Antrag mit großer Mehrheit angenommen:

„Die Versammlung verurteilt die statutenwidrige Handlungsweise des Kollegen Michaelis und verlangt, daß die statutenmäßigen Sitzungen mit der gewählten Ortsverwaltung abzuhalten sind.

Trotz dieser Zurechtweisung durch die Mitglieder, erklärte Michaelis dreist und gottesfürchtig: „Ihr könnt beschließen was Ihr wollt, ich mache doch wie ich es will" und schloß schleunigst die Versammlung.

Wie sagte doch Pyrrhus? „Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren."

Der gelbe Bäcker- und Konditoren-Gehilfenbund nicht tariffähig.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat das Schreiben des Reichsarbeitsministers dahingehend beantwortet, daß er den Bund der Bäcker- (Konditoren-) Gesellen Deutschlands als eine tarifunfähige wirtschaftliche Vereinigung der Arbeitnehmer des Bäckergewerbes nicht anerkennen kann, da der Bund sowohl nach seiner Entstehung als auch nach seinem Verhalten sich als eine von den Arbeitgebern abhängige Organisation erweist, und auch der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands nach seinem Beschluß vom 30. Juli 1921 diesen Bund als eine wirtschaftsfriedliche (gelbe) Organisation bewertet, die nach Ziffer 3 der Vereinbarung vom 15. November 1918 weder einer Spitzenorganisation der Gewerkschaften noch einer Reichsarbeitsgemeinschaft angehören kann.

Die Mitgliederzahl der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften.

Nach einer Mitteilung des Zentralblattes der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften betrug die Gesamtmitgliederzahl in den Gewerkvereinen im Jahre 1918 113 792, im Jahre 1919 189 831, im Jahre 1920 225 695. Der stärkste Verband ist der der Metallarbeiter mit 129 866 Mitgliedern. Fabrik- und Handarbeiter 43 241 Mitglieder. Textilarbeiter 10 000. Holzarbeiter 9 124. Fleischergesellen 7 386. Schneider 7 804. Tabakarbeiter 5000. Alle anderen Verbände haben unter 5000, zum großen Teil sogar unter 1000 Mitglieder.

Bauer!

Bauer! Jede goldene Aehre sollte Dich mahnen:
Rußland hungert.
Jeder Scheffel Korn soll Dich erinnern:
Denk an Rußland.
Jedes grüne Blatt soll Dir zurufen:
Rußland in Not.
Jeder Becher Milch muß mahnen:
Rettet Rußlands Kinder.

Bauer, der Du gesättigt vom Tisch aufstehst und wohlgenährt bist, denk an Rußlands Kinder, die dahinsiechen. Denn die Milchkühe, die sie nähren, sind verschmachtet und das Schlachtmesser kam ihrem Hungertod zuvor.

Den Müttern versiegt die Milch in den Brüsten und die zarten Säuglinge gehen zugrunde.

Mütter, die Ihr Eure Kleinen noch warm umhüllen könnt vor dem drohenden Winter, denkt an die Armen in Rußland, die dem Hunger noch entronnen, der Kälte ohne Kleidung preisgegeben umherirren, Verwaiste der Hungergebiete.

Ihr, kleine Bauern und Landarbeiter, die Ihr selber hart um die Frucht Eurer Scholle ringt, die Ihr den Himmel um Regen anflehtet, um die Erde fruchtbar zu machen, Ihr, denen das Glück günstig war und die Ihr die goldenen Früchte ladet in Scheunen, spendet von Eurem Ueberfluß den Armen in Rußland! Und spendet nicht nur von der Frucht!

Regt Eure Arbeitshände für die, die auf Hilfe warten.

Du, Schmied des Dorfes, und jeder der versteht, einen Spaten zu machen, eine Axt oder irgend ein Arbeitsgerät! Gib Deine freie Stunde! Dein Feierabend sei die Zeit, da Du für Rußland arbeitest.

*

Bauern! Gebt und spendet in reicher Fülle von Eurem Herbstsegen in der internationalen Sammelwoche vom 9. bis 16. Oktober.

Neues aus aller Welt.

Schwerer Unfall beim Münchener Reit- und Fahrturnier. (TU.) München, 10. Oktober. Bei dem Herbstturnier des Vereins für Reit- und Fahrsport in Bayern stürzte bei einem Hindernissprung Frau Dr. Baermann vom Pferd und zog sich einen Schädelbruch zu, dem sie nach wenigen Minuten erlag.

Gasvergiftung. Berlin, 10. Oktober. Eine genaue Untersuchung der Leiche des Kurbelstickers Ernst aus der Choriner Straße ergab, daß kein Verbrechen vorliegt. Ernst ist vielmehr einer Gasvergiftung zum Opfer gefallen.

Ueber 20 Menschen ertrunken. London, 11. Oktober. Nach einer amtlichen Meldung werden von der Besatzung des untergegangenen Dampfers „Rowa" noch immer elf Mann vermißt. Unter ihnen befindet sich der Kapitän des Schiffes. Die Anzahl der Toten beträgt jetzt 17, da aber noch mehrere Mitglieder des an Bord befindlichen Negerorchesters vermißt werden, befürchtet man, daß die endgültige Zahl der Toten noch immer zwanzig überschreitet.

Der Dresdener Schnellzug in Bodenbach verunglückt. Bodenbach, 10. Oktober. In der Station Bodenbach ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. Ein Weichensteller hatte vergessen, vor dem Einfahren des Dresdener Schnellzuges in den Bodenbacher Bahnhof die Weiche richtig zu stellen, wodurch der Zug auf ein falsches Gleis kam und in eine Rangierabteilung hineinfuhr. Beim Zusammenprallen wurden mehrere Eisenbahnwagen zertrümmert. Sechs Personen wurden schwer verletzt. Die ganze Strecke ist mit Frachtgütern übersät, die über den Bahndamm bis auf die Straße hinuntergestürzt sind. Der Sachschaden wird auf etwa 1 Million tschechische Kronen geschätzt.

Dampfer zusammengestoßen. Glasgow, 10. Oktober. Der Dampfer Rowan stieß auf der Fahrt nach Dublin bei dichtem Nebel nachteinander mit zwei Dampfern zusammen und sank. Von 56 Fahrgästen und 37 Mann Besatzung werden drei beziehungsweise dreizehn vermißt.

Raub. Beuthen, 8. Oktober. Am Donnerstag in den späten Abendstunden wurden in der Schichtmeisterei der Heimigrube 114 000 Mark geraubt. Der Raub war dadurch möglich, daß der Schichtmeister vor dem geöffneten Geldschrank infolge Herzschwäche zusammengebrochen war.

Aus der Provinz.

Der menschenmordende Kapitalismus.

Unter der Ueberschrift: „Noch eine Gefahr der Stickstoffgewinnung" schreibt Prof. Dr. Heinrich Kraft in der „Frankfurter Zeitung" (7. Oktober):

„Heute, wo die Schrecken der Oppauer Explosion noch allenthalben nachzittern, gelingt es vielleicht, durch einen Druck der Oeffentlichkeit eine weitere Menschengefährdung zu beseitigen, die an anderer Stelle Deutschlands ebenfalls von einem der wirtschaftlich so bedeutsamen Stickstoffwerke ausgeht. Die Mitteldeutschen Stickstoffwerke in Piesteritz bei Wittenberg (Bezirk Halle) arbeiten nach dem Caro'schen System. Mit den Rauchabgängen aus den zahlreichen Karbidöfen dieser Werke wird dauernd feinster Karbidstaub über die Nachbarschaft verbreitet, je nach der Windrichtung, bald dahin, bald dorthin; derselbe übersieht nicht bloß Dächer, Hauswände, Fensterbrüstungen, er dringt in die geschlossenen Räume, in Kommoden und Schränke, in Vorratsräume, in Kleidung und Wäsche ein und führt bei der geringsten Feuchtigkeitszufuhr zu vernichtender Acetylenentwicklung, die nicht nur die Vegetation der Gegend trifft, sondern auch zur Dauerschädigung der Augenbindehaut, der Atmungsorgane, des gesamten Gesundheitszustandes der zahlreichen betroffenen Anwohner führt. Eine vom Kreisarzt in Wittenberg schon im Frühjahr 1918 eingelegte Beschwerde hat — wohl unter der Kriegswichtigkeit des Betriebes — damals keinen Erfolg gehabt. Vielleicht hat erdlich einen solchen die auf schleunige Abstellung der technischen Mängel bei den Karbidöfen der Mitteldeutschen Stickstoffwerke in Piesteritz hiermit von ärztlicher Seite an die verantwortlichen Stellen öffentlich gerichtete Frage: „Sollen zu den Hekatomben von Opfern der Stickstoffwerke in Oppau noch weitere Hekatomben solcher durch chronisches Siechtum in der Nähe anderer Stickstoffwerke kommen?"

Was fragt der Kapitalismus danach, ob Hunderte oder Tausende von Menschenleben zugrunde gehen! Ein Skandal aber ist es, wenn schon vor Jahren auf solche unhaltbaren Zustände hingewiesen und deren Beseitigung gefordert wurde, und es ist seitdem nichts geschehen. Es bleibt nichts anderes übrig, als daß die Arbeiterschaft selbst eingreift und Abhilfe schafft. Sind es der Opfer noch nicht genug? Muß die Bevölkerung auch noch vergiftet werden?

Schkeuditz. Konsumverein. Am Montag vergangener Woche fand die diesjährige Generalversammlung des Konsumvereins statt. Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende, Genosse Schulze. Der Konsumverein hat mit Schluß dieses Rechnungsjahres sein 20. Geschäftsjahr vollendet. Der Verein zählt zurzeit 1097 Mitglieder mit einem Umsatz von 763 186 Mk. (644 730 Mk. im Vorjahr). Es mußte leider festgestellt werden, daß die Hälfte der Mitglieder überhaupt nichts in der Genossenschaft gekauft, sondern ihre Einkäufe bei den Krämern gemacht haben, trotzdem der Verein in der Lage war, seinen Mitgliedern ganz besonders preiswürdige Angebote in Lebensmitteln zu machen. Die Verschmelzungsfrage mit dem Konsumverein Gissen hat sich zerschlagen, da dieser Verein die Verschmelzung abgelehnt hat. Der Kassierer, Genosse Hübler, gibt hierauf den Kassenbericht. Die Einnahmen und Ausgaben bilancieren mit 289 707,32 Mk. Der Reingewinn beträgt 37 860,59 Mk. Dem Vorschlag auf Verteilung des Reingewinns (5 Prozent Rückvergütung an die Mitglieder: 30 943 Mk., Reservefonds: 2500 Mk., Dispositionsfonds: 1426,59 Mk., Verwaltungsunkosten: 2500 Mk.) wird zugestimmt. Des weiteren wird einem Antrag des Vorstandes zugestimmt, der die Sterbeunterstützung an die Mitglieder erhöht. Desgleichen wird der Umsatz, der zum Bezug der Sterbeunterstützung berechtigt, neu festgesetzt. Ein Antrag des Genossen Kießbauer auf Belieferung der Mitglieder mit Brot erübrigte sich, da vom Vorstand erklärt wurde, daß der Verein schon mit dem Konsumverein Plagwitz in Verhandlung steht zwecks Lieferung von Brot und Backwaren. Die Erlaßwahl für den Vorstand ergab die Wahl des Genossen Pägold als Schriftführer, für den Aufsichtsrat die Wahl des Genossen Mittag (Schkeuditz) und der Genossen Bayer und Völkel (Modelwitz).

Wittenberg. Unsere Frauenbewegung. Am 6. Oktober fand in Freudenbergs Lokal eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genosse Sachse sprach über: „Die Frauen in verschiedenen Gesellschaftsformen." Seinen Worten lagen drei Gedankengänge zugrunde, und zwar die Epoche der Wildheit, der Barbarei und der modernen Zivilisation. Er fand für seine lehrreichen Ausführungen lebhaften Beifall. In der Diskussion sprachen die Genossen Dettmar und Hildebrandt. Letzterer führte aus, daß die Frauen mehr als bisher an den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen teilnehmen müßten. Sie dürfen auch nicht, wie das noch vielfach geschieht, die Männer abhalten von den Versammlungen, sondern sie müssen selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Nachdem Genosse Schröder auf die Beilage unserer Presse, „Die kommunistische Frau", hingewiesen hatte, nahm Genosse Sachse das Schlußwort. Er sagte, daß die bürgerliche Presse aus der proletarischen Familie verbannt werden müsse und schilderte weiter die Rolle einer Anzahl Frauen in der Märzaktion. Recht kräftig für unsere Bewegung zu wirken, um bessere Verhältnisse herbeizuführen, dieser Appell bildete den Schluß seiner interessanten Ausführungen. Nachdem die Frauenleiterin noch aufgefordert hatte, dem russischen Volke in seiner Not zu helfen und die Kinderhilfswoche zu unterstützen, wurde die gutverlaufene Versammlung geschlossen.

Eilenburg. Eine Kartellsitzung fand am 5. Oktober in der „Stadthalle" statt. Außer der Kartoffelengelegenheit, über die wir bereits berichteten, erfolgte in der Sitzung noch die Abrechnung über das Gewerkschaftsfest. Der Ueberschuß in Höhe von 1077,60 Mark wurde den Unterstützungsfonds für die Märzopfer überwiesen. Zu der Bierpreiserhöhung wurde beschlossen, in Versammlungen usw. solange kein Bier mehr zu trinken, bis eine Einigung zustandegekommen ist. Es wurde dabei erwähnt, daß bei der Bierpreiserhöhung die Brauer 50 Mk. und die Wirte 100 Mk. mehr verdienen. Den Gastwirten wurde eine entsprechende Resolution übermittelt. Unter Verschiedenem kam es zu einer Aussprache über die Ueberstunden in der Pianofabrik Zimmermann, die unbedingt vermieden werden müssen. Zum Schluß wurde noch bekanntgegeben, daß am 13. Oktober eine Versammlung der Betriebsräte und am 28. Oktober eine Versammlung der proletarischen Freidenker stattfindet, in der über die Feuerbestattung gesprochen werden soll.

Mansfelder Kreise.

Eisleben. Internationaler Bund der Kriegsopfer. Am Sonntag, dem 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet im „Volkshaus" die Unterbezirkskonferenz des Internationalen Bundes der Kriegsopfer statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Unterbezirksleitungswahl. 4. Stellungnahme zum kommenden Gautage in Naumburg. 5. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit dieser Konferenz ist es Pflicht jeder Ortsgruppe, einen Delegierten zu senden. Der Bezirk Hettstedt ist ebenfalls eingeladen. Die Gauleitung ist anwesend.

(Weitere Provinz in der Beilage.)

Bis nachmittag 4 Uhr bleiben Mittwoch, den 12. Oktober feiertagshalber unsere Verkaufsräume und Kontore geschlossen. J. Lewin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211011-12/fragment/page=0003

Geschlossen

bleiben unsere Geschäftsräume feiertagshalber
Mittwoch, den 12. Oktober.

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22|24. 3573

K · P · D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1478. Postscheckkonto Leipzig 82443, Oskar Fiedler, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabend nachm. geschlossen.

Versammlungen

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernsprecher 1478. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

12. Distrikt. Wir weisen nochmals auf die heutige Zusammenkunft der Funktionäre um 8 Uhr bei Lohse hin.

Dienstag, den 11. Okt., abds. 1/28 Uhr, Lerchenfeldstraße: **Vorstandssitzung.**

Mittwoch, den 12. Okt., abds. 7½ Uhr, Lerchenfeldstraße: **Funktionärsitzung.**

Unterbezirk Sangerhausen.

Wolferode. Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Linde": **Oeffentliche Versammlung.** Referentin: Genossin Reichert.

Unterbezirk Mansfeld.

Klostermansfeld. Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referentin: Genossin Reichert.

Unterbezirk Bitterfeld.

Wolfen. Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Wede: **Oeffentliche Versammlung.** Thema „Die Katastrophe in Oppau und das Leunawerk."

Unterbezirk Wittenberg.

Bad Schmiedeberg. Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im „Schützenhaus": **Mitgliederversammlung.**

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unt. Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8–14 Tagen. Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark. **F. Müller,** Heilkundiger, **Bremen,** *1227 Gr. Krummenstr. 23. Sprechstd.: 9–10 u. 3–4 Uhr.

Wir haben Gelegenheit gehabt, noch einen großen Posten

Damen-Velouretthüte

zum Teil mit kleinen Fehlern, entzückende Farben, prima Qualität, zu kaufen. Dieselben werden

Stück von 30—70 Mark

solange Vorrat reicht, verkauft. Ferner:

Echte Wiener Velours

zu staunend billigen Preisen. 3575

Anna Lehmann, nur Steinweg 20.

Geschlechtskranke!

Rasche Hilfe! Doppelte Hilfe!

Harnröhrenleiden, frischer und veralteter Ausfluß, Heilung in kürzester Frist, **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung und andere Gifte, **Manneschwäche,** schnelle Hilfe. **Weißfluß.** — Ueber jedes der 4 Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztl. Gutachten und Hunderten freiwill. Dankschreiben Geheilter. Zusendung kostenlos gegen 1 Mk. für Porto in geschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch **Dr. med. H. Seemann,** G.m.b.H. **Sommerfeld 74** (Bezirk Frankfurt Oder) Spezialärztliche Leitung. **Leiden genau angeben, damit richtige Broschüre gesandt werden kann** 141

Eine Kopierpresse

billig zu verkaufen. Zu erfragen im **Verlag „Klassenkampf", Harz 42-44.** Eckladen. F

Nähe Brunnenstraße — Advokatenweg.

1 großes oder 2 kleine Zimmer, 3571

leer oder zum Teil möbliert, zu **mieten gesucht.** Möbelkauf nicht ausgeschlossen.

Offerten nach **Advokatenweg 18, Laden.**

Bekanntmachung.

Vergebung der Lieferung von 4000 qm **Reihensteinen** II. Klasse am Montag, dem 24. Oktbr. 1921, vormittags 10 Uhr, im Magistratsbureau 1, Zimmer 23 des Wagegebäudes. Verdingungsunterlagen sind daselbst zu haben.

Halle, den 7. Oktober 1921. 3578

Städtisches Tiefbauamt.

Drei Könige!

Kl. Klausstraße 7, Nähe des Marktes.

3000 Mk. Belohnung

demjenigen, der die Leistungen der versiegelten Dame nachmacht. ☞ Reklame-Attraktion. ☜

Ferner: **Christian Hütten**

mit vollständig neuem Programm. 3577

Volkshochschule Halle.

Beginn des Wintersemesters: Montag, 17. Oktober.

Es sind eingerichtet: Arbeitsgemeinschaften I. Ganz. 21.

Verkaufsstellen der Karten: Gr. Märkerstr. 10, I (Schulbureau), in der Zeit v. 8½–12½ Uhr. Hall. Nachrichten, Gr. Ulrichstr. 16, Leipz. Str. 34 u. Gr. Brunnenstraße 49. Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27. Saale-Ztg., Neue Promenade 1a. Mitteld. Allgm. Ztg., N. Promenade 1a. Hall. Ztg., Leipz. Str. 61/62. Volksbuchhdlg., Harz 42/44. Städt. Straßenbahn, Kassenstelle Berliner Str. 1, a. Roßpl. — Hierlieg. ausführl. Arbeitspläne aus. Anschlagsäul. beacht.

Halle, den 8. Okt. 1921. 3574 **Der Magistrat.**

Falls Sie ihren Bedarf in

Herren-Anzugstoffen, Ulster-Stoffen, Damen-Kostümstoffen

nebst dazu gehörigen **Futterstoffen** für den kommenden Winter noch nicht gedeckt haben, so versäumen Sie nicht meinen

Total-Ausverkauf

zu besuchen. 8579

Ich bringe nach wie vor **sehr grosse Auswahl** in den vorgenannten Artikeln zu

nochmals herabgesetzten Preisen

und gewähre bei allen Einkäufen

10% Rabatt.

Für Wiederverkäufer besondere Bedingungen.

Ludwig Zengerling,

En gros **Tuche und Futterstoffe,** En détail.

Barfüßerstraße 11, Ecke Schulstraße.

Fernsprecher 2497. :: :: Geschlossen von 1 bis 3 Uhr

:: Bei Stoffverkauf werden tüchtige Schneidermeister nachgewiesen. ::

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Arbeitsmarkt

Maurer 3520 für unsere **Baustelle Langenbogen** stellen ein **Döring & Lehrmann A.-G.**

Meldung auf der Baustelle beim Polier **Fiedler.**

Tüchtiger

Anzeigen-Akquisiteur

für den „Klassenkampf" zum **baldigen** Antritt **gesucht.** Bewerber aus dem Buchdruckfach, die Mitglied der KPD. sind, werden bevorzugt. Dieselben müssen mit den Ortsverhältnissen, wie im Verkehr mit der Geschäftswelt vertraut sein. Angebote unter „Bewerbung" an die **Produktiv-Genossenschaft für Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S.,** Lerchenfeldstraße 14, erbeten. F

Stadttheater.

Mittwoch, d. 12. Oktober, Anf. 6½, Ende 10¾ Uhr. Gastspiel: Kammersänger Dr. Paul Kuhn, Berlin: **Siegfried.** Von Richard Wagner.

Donnerstag: **Die versunkene Glocke.**

In der **Talamtschule u. Hermannschule** Schnittzeichnen, Zuschneide- und Nähunterricht für Hausbedarf und Beruf. Anmeldung u. Auskunft 5–6. 1255 Glauchaer Str. 69, III.

Freimfelder- und Liebenauerschule. 1222

Näh- und Zuschneideunterricht, unter wirklich erstklassiger gewissenhafter staatlich geprüfter Leitung. Nachmitt. u. Abendkurse. Meldungen von 4–6 Uhr b. **Fr. Petsche, Fischerplan 4,** an der Herrenstr.

Werbt für den **„Klassenkampf".**

Sommersprossen beseitigt über Nacht „Taint frei" . . ℳ 32,—
Gallensteine beseit. ohne Operation „Enzona" . . . . . ℳ 48,—
Mitesser, Hautunreinigkeiten verschwind. über Nacht d. „Bara" ℳ 65,—
Volle Büste erhalten Sie nur durch Büstenwasser „Notto" ℳ 52,—
Ueppigen Haarwuchs erzeugt „Lona", keine Glatze mehr! . ℳ 75,—
Hautjucken und Krätze verschwinden sofort „Pasta Klara" ℳ 28,—
Zahlreiche Dankschreib. Garantie! Bei Nichterfolg Geld zurück. Versand diskret durch Laboratorium.
F. Müller, Heilkundiger, **Bremen,** *1228 Gr. Krummenstr. 23. Sprechstunden: 9–10 und 3–4 Uhr.

Vereins-Anzeiger

Arbeiter-Sänger-Chor
Mittwochs und Freitags **Uebungsstunde.**

Frauen- und Mädchenchor.
Dienstag, den 11. Okt.: **Generalversammlung.** Donnerstag, den 13. Okt. abds. 8 Uhr, im „Volkspark": **Singestunde.**

Zentralverb. prol. Freidenker (Ortsgruppe Halle.)
Jeden Mittwoch nach dem 15., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung i. d. „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstr. 14. Gäste stets willkommen.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschl., Ortsgr. **Halle.**
Dienstag, 11. Okt., abends 7½ Uhr, i. „Volkspark": **Funktionärsitzung.**

Allg. Arbeiter-Union Ortsgruppe Halle.
Jeden Sonnabend im Restaurant Löther, Große Steinstraße, von 7–9 Uhr Kassenstunden. Wer sich nicht selbst kassiert und drei Versammlungen hintereinander nicht kommt, stellt sich außerhalb der Union.

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S. (E. V.)
Uebungsstd. im Stadtbad: Mittwoch von 8–9 Uhr, Damenabteilung. Donnerstag v. 7–8 Uhr, Jugendabteilung. Von 8–9 Uhr, Männerabteilung.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle.
Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats, im Volkspark: Mitgliederversammlung. Montag u. Donnerstag jede Woche, abends 5–7 Uhr: Rechtsauskunft im Bureau: Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, 2 Tr., Zimmer 15.

Freie Bühne Halle, Volkspark, Burgstr.
Dienstag abend 1/28 Uhr: **Probe.**

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jeden Freitag in der Martinschule Uebungsstunde.

Kommunistische Jugend.
Halle, Rathausstr. 16.
Dienstag: Turnen. (Kartenkontrolle.)
Donnerstag: Mandolin.-Uebungsstunde.
Sitzung des Zentralvorstandes in der „Produktiv-Genossenschaft". 7 Uhr.
Freitag: Gruppenabend. Abgabe aller Bibliotheksbücher, sowie Abrechnung aller „Rote Jugendhilfe"-Sammellisten wird dringend erwartet.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Uebungsstd.: Jed. Freitag, abends 7 Uhr, in der „Aula" (Charlottenschule).
Dienstag, den 11. Oktbr., abds. 7½ Uhr, im Rest. „Plauderecke": **Vierteljahrs-Versammlung.**

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Heute, Dienstag abend 7½ Uhr im Mozartsaal: Musikgruppe. (Nur für Spieler.)
Mittwoch abend 7 Uhr, i. Mozartsaal: Jugendgruppe.
Donnerstag abend 7 Uhr, im Mozartsaal: Kursus über „Erste Hilfe bei Unglücksfällen".
Freitag abend 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus: Aussprache über die Arbeitsgemeinschaften.

Sonntag: Harzwanderungen. Ab Sonnabend nachm. 3.38 u. 6.31 Uhr. (Anmelden.)

Turn- u. Sport-Verein Fichte.
In d. „Volkspark"-Turnhalle v. 7–9 Uhr
Dienstags: Leichtathlet. Uebungsstunde.
Freitags: Turnstunde.
Mittwochs: Turnerinnen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit".
Radfahrervereine, welche gewillt sind, sich dem Arb.-Radfahrer-Bund „Freiheit" anzuschließen, erhalten nähere Auskunft vom Kreisleiter **Paul Craya,** Halle (S.), Mansfelder Straße 25.
Sonntag, den 16. Oktbr.: **Ausfahrt nach Cöllme.** Abfahrt 1 Uhr v. Rest. Hackeborn.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Die Kreisleitung.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Stern" Vereinslok. Lohse, Humboldtstraße 1.
Jeden Mittwoch nach dem 1. u. 15. im Monat: **Versammlung.**

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität :: Ortsgr. Halle.
Jeden letzten Freitag im Monat, abends 7½ Uhr, im „Volkspark": **Versammlung.**

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8–10 Uhr.
Turn-Abteilung: Dienstags und Freitags 8–10 Uhr.
Proletarische Bühne: Donnerstag, 8–10 Uhr.
Musik-Abteilung: Donnerstags 8–10 Uhr.
Jugend-Abteilung: Dienstags und Freitags 8–10 Uhr.
Kinder-Mandol.-Abtlg. Freitags 5–7 Uhr.
Proletkult-Diskussionsabend: Montag, 8-10 Uhr.
Freitag, den 14. Oktbr., im „Volkspark": Theaterabend.
Die Uebungsstunde für die Jugendabteilung fällt heute aus, dafür morgen **Gesamtprobe.**

Ammendorf

Arbeiter-Gesangverein.
Männerchor: Dienstag abends 1/28 Uhr.
Frauenchor: Donnerstag abends 1/28 Uhr, in Teichmanns Hotel.

Kleinwittenberg Piesteritz.

Freireligiöser Verein.
Jeden Donnerstag nach dem 15. jeden Monats **Versammlung** im „Volksheim".

Kauft nur in den Geschäften, die im Klassenkampf inserieren

Am Donnerstag, dem **13. Oktober,** steht ein großer Transport 3570

Ferkel

im „Mansfelder Hof" in Halle billig z. Verkauf.

Kohlemann, Hohenthurm.

Geldschein-Taschen in prima Leder. 3568

Hugo Krasemann

Lederwaren-Spezial-Geschäft, nur **Schmeerstr. 19.**

Dr. med. H. Sersoni

Die Verhütung der Schwangerschaft.

Preis 5,40 Mk. Port 60 Pf. Voreinsendung des Betrages kann per Zahlkarte an Postscheckamt Leipzig, Nr. 86983 geschehen, auf dem Zahlkartenabschnitt kann die Bestellung gemacht werden. Bestellung und Geldsendung kostet dann zusammen nur 25 Pf. Porto. Auch die Zeitungsausträger nehmen Bestellungen entgegen. F

Volksbuchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Schlafstuben 3516

echt Eiche u. gestrichen.

Komplette Küchen

lasiert und gestrichen, mit Messingverglasung. noch zu alten Preisen verkft.

Max Jungblut, Möbelgeschäft, **Albrechtstr. 37,** 1. Geschäft v. Friedrichsplatz

---

Schulbücher aller Art

Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister 2c.

Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung.**

Familien-Nachrichten

Heute verschied nach langem, schwerem Leiden, unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Enkel und Nichte

Lina Husung 3569

in ihrem 19. Lebensjahre.

Nauendorf, den 9. Oktober 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen: Familien **Husung** und **Gothe.**

Beerdigung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Genosse! Immer wieder müssen wir es Dir zurufen:

Bringe als Mitglied der KPD. Deinen Pflichtanteil zur

Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14.

Geöffnet bis nachmittags 5 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211011-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. Oktober 1921.

Stadtverordnetensitzung vom 10. Oktober.

Sinneskoalition der Rechtssozialisten. — Der Magistrat befiehlt und „spart". — Erst die Kommunisten müssen an die Kartoffelversorgung der Minderbemittelten denken.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten brachte die Einführung von zwei neuen Stadtverordneten: Lohse (USP.) und Schellenbeck (USP.). Damit sind die Lücken der Linken wieder soweit aufgefüllt, daß ein erfolgreicher Kampf gegen die Rechte möglich ist, wenn sich nicht die — Rechtssozialisten zu dieser Rechten zählen, was in Zukunft wohl immer häufiger geschehen wird. Auch in dieser Sitzung konnte man zu verschiedenen Malen mustergültige Sinneskoalition erleben.

Mit den Stimmen der Rechtssozialisten wurde der Beitritt der Stadt Halle zum Kommunenverband der Provinz Sachsen und der Freistaten Anhalt und Braunschweig beschlossen, obgleich unser Genosse John dringend warnte, hier gleich 12 000 Mk. hinzuwerfen, während die Stadt fortwährend neue Einnahmequellen zu erschließen trachtet. Angeblich soll dieser Beitritt im Interesse der Arbeiter und Angestellten liegen, deren Vertreter in diesem Verbande zu besserer Zusammenarbeit mit den Arbeitgeberorganisationen kommen können. Wenn die Stadt den Arbeitnehmern nützen will, so führe Genosse John aus, dann hat sie auch ohne den kostspieligen Beitritt zu dem Kommunalverband sehr reiche Möglichkeit dazu. Er redete zu tauben Ohren. Die schwarzrotgoldenen „Sozialisten", auf die es ankam, waren wieder einmal für die Arbeitsgemeinschaft — gegen die Klassengenossen!

Die Rückvergütung für infolge Schadhaftigkeit von Wasserrohren unbenutzt fortgelaufenes Wasser wurde auf 80 Pf. für den Kubikmeter festgesetzt.

Einen wichtigen Punkt brachte die Tagesordnung in dem Vorschlage, die Fahrpreise der Straßenbahn von 15. Oktober ab abermals zu erhöhen. Danach soll der Fahrpreis für zwei Teilstrecken 50 Pf., für drei Teilstrecken 60 Pf. und für mehr als drei Teilstrecken 1 Mk. betragen. Monatskarten kosten 70 Mk., Arbeiterwochenkarten 9 Mk. (steuerfreie 8 Mk.). Die Versammlung stimmte der Erhöhung zu.

Die Erhöhung der Gagen des Stadttheaterpersonals (um im Vergleich zu dessen Notlage geringfügige Beträge) brachte auch eine Hinaufsetzung des Intendantengehaltes von 40 000 Mk. auf 50 000 Mk. Das muß um so mehr verwundern, als der Berichterstatter des Theaterausschusses ausdrücklich erwähnte, daß die Schließung des Stadttheaters wegen der finanziellen Schwierigkeiten ernent ernsthaft in Erwägung gezogen worden sei. Das Neue an der Aufbesserung der Theatermitglieder, ist die Einführung der Kinderzulage. — Dem im Dienste der Stadt verunglückten Heizer B., der nur 68 Mk. Invalidenrente bezieht, wurde eine jederzeit widerrufliche „Rente" von 60 Papierlappen im Monat bewilligt. Dann sorgten die rosarot gefärbten Stimmschwindler, zu deren Sprecher sich Wilke machte, dafür, daß dem Evangelischen Kirchenmusikverein für die Provinz Sachsen von der Rechten ein Zuschuß von 2000 Mk. zugeschanzt wurde. — Den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses wurde eine Gehaltsaufbesserung bewilligt.

Für die Opfer privatkapitalistischer Frivolität in Oppau wurden 50 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Die Vielbeutigkeit des Magistratsantrages zwang unsere Genossen, zur Bedingung zu machen, daß das Geld auch wirklich in die Hände der Arbeiteropfer gelangt und nicht etwa in die der Aktionäre, die ihre Dividendeaussichten (sie schluckten in den letzten Jahren durchschnittlich 30 Prozent) bedroht sehen und sich auch als „Opfer" fühlen könnten.

Bei dem Ankauf und der Aufstellung von Umformern im Elektrizitätswerk hat sich eine Ueberschreitung der bewilligten Summe um 350 000 Mk. nötig gemacht. Dieser Betrag soll der Stadthauptkasse entnommen und in fünf Jahresbeträgen zurückgezahlt werden. — Dem Kauf von 11 083 Quadratmetern Gelände an der Paulusstraße (dem Kommerzienrat Kuhnt gehörig) zum Preise von 350 000 Mk. wurde zugestimmt. — Die Gesuche des Arbeitersängerchors Halle und des Männergesangvereins Halle 1911, um Bewilligung einer einmaligen Unterstützung, wurden gleichzeitig mit der Eingabe der Lichtspieltheater um Abbau der Lustbarkeitssteuer dem Magistrat als Material überwiesen.

Das gleiche geschah mit der Forderung des Zentralverbandes der Angestellten in städtischen Bureaus die durchgehende Arbeitszeit wieder einzuführen. Obgleich dem Magistrat nachgewiesen wurde, daß die Ersparnis an Licht und Heizung bei durchgehender Arbeitszeit etwa eine Million Mark betragen würde, blieben die Stadträte Veltmyssen und Jost dabei, daß die geteilte Arbeitszeit, die für die Verwaltung günstigere sei. Schließlich versuchte die Rechte, die Beibehaltung der geteilten Arbeitszeit dadurch schmackhafter zu machen, daß sie sich um das körperliche Wohl der Angestellten sorgte. Stadtv. Dr. Bundt behauptete, ein durchgehendes Arbeiten sei ohne Schädigung der Gesundheit nicht möglich. Genosse Knauthe erwiderte ihm, daß die Männer der Wissenschaft alles zu bescheinigen und zu bestätigen bereit sind, wenn damit nur ein politischer Zweck erreicht wird. Im Kriege waren die Kohlrüben einweckhaltig, und heute noch ist der Judendorff, der doch unzähligen Millionen eine „Kleine Gesundheitsschädigung" beigebracht hat, der medizinischen Fakultät der Universität Königsberg ein so brachtenswerter Mann, daß sie ihn zum Ehrendoktor der Medizin ernannte. Interessante Dinge berichtete der Volksparteiler Bretschneider zu diesem Punkte. Er hat ein geheimes Rundschreiben eines Arbeitgeberverbandes gesehen, das nicht nur Gehalts- und Lohnabbau, sondern auch die Abschaffung der durchgehenden Arbeitszeit forderte. Wenn die Unternehmer ein so dringendes Interesse an der geteilten Arbeitszeit haben, dann weiß der Arbeitnehmer, was in seinem Interesse liegt. Jedenfalls steht fest, daß von 93 Prozent abstimmenden Angestellten des Magistrats sich **90 Prozent für die durchgehende Arbeitszeit ausgesprochen haben**, vom Magistrat sei der Einführung der geteilten Arbeitszeit aber einfach nicht gehört worden bind. Genosse Günther geißelte dieses autokratische Verfahren des Magistrats mit scharfen Worten.

Dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Elternbeiräte, um Ueberlassung eines Schulzimmers in der Johannesschule, Martinschule und Giebichensteiner Schule, zum Moralunterricht an den Sonntagen wurde stattgegeben.

Zum Schluß gelangten noch zwei Dringlichkeitsanträge unserer Genossen zur Beratung. Sie lauteten:

I.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dem Hilfskomitee für Sowjet-Rußland aus städtischen Mitteln

50 000 Mark

zu überweisen zwecks Unterstützung der hungernden Bevölkerung Rußlands."

II.

„Der Magistrat wird ersucht, Vorkehrungen zu treffen, daß der Winterbedarf an Kartoffeln für die städtische Bevölkerung sichergestellt wird, und Maßnahmen zu ergreifen, um der Preisübervorteilung bei dem privaten Kartoffelverkauf vorzubeugen."

Während der zweite Antrag nach eingehender Begründung durch den Genossen Weber angenommen wurde, versuchte die Rechte, den ersten dadurch vorläufig unschädlich zu machen, daß sie durch den Vorsteher seine Ueberweisung als Material an den Magistrat vorschlug, worauf die Versammlung wegen vorgerückter Stunde ging. Der Antrag wurde dem Haushaltsausschuß übergeben. Wir werden sehen, was der aus dem Willen zu einer ernsthaften Unterstützung der 20 Millionen Hungernden in Sowjet-Rußland macht.

Bourgeoisie und Proletariat.

Im großen Saale der Saalschloßbrauerei sprach gestern abend vor einem zahlreichen Publikum der frühere Herausgeber des konservativen „Grenzboten", Georg Cleinow. Die große Propaganda, die für diesen Vortragsabend gemacht worden war (die großen täglichen Inserate in allen hiesigen Zeitungen, die Plakate usw.), ließen bei Frage auftauchen, von welcher Seite diese Veranstaltungen finanziert werden, um so mehr dadurch, daß zur Zeichnung der Unkosten nicht einmal Eintrittsgeld erhoben wurde. Georg Cleinow hat das den neugierigen und mißtrauischen Arbeitern nicht gesagt, sondern in seinen Pressenotizen betont, daß er unabhängig vom Kapital sei. Von welcher Seite aber diese unentgeltlichen Aufwendungen gemacht werden, zeigten die Ausführungen des Referenten, der das Programm der Deutschsozialen Partei, jener berüchtigten Partei, in dessen Reihen die Mörder Erzbergers gefunden wurden, entwickelte. Der Redner vermied es in sehr geschickter Weise, nicht in den Ton der antisemitischen Hetzer zu fallen, um nicht den Anschein zu erwecken, als stände er im Dienste dieser Mörderliga. Und doch waren es dieselben Ausführungen, die der bekannte Knüppel-Kunze in zahlreichen Versammlungen in Berlin bereits vor mehreren Monaten gemacht hat. Auch Georg Cleinow schimpfte auf die Auswüchse in der kapitalistischen Gesellschaft, auf die Wohnungsnot, auf das Schlemmerleben der kapitalistischen Schmarotzer, auf alles eben, womit man unzufriedene Elemente sowohl des Bürgertums wie auch der Arbeiterschaft einfängt. Einen Ausweg aber aus Hungersnot und Elend wußte er nicht. Auch er sieht die Ueberwindung der wirtschaftlichen Anarchie nur in dem größeren Fleiß der Arbeiterschaft und im guten Zureden auf die Kapitalisten, um ihrem Zuviel an die Unbegüterten etwas abzugeben. Die Entwicklung zu dieser Klassenharmonie kann nach Georg Cleinow nach Jahrzehnte, ja Jahrhunderte dauern. — An Stelle des Begründers der antisemitischen

1921 Oktober 1921

11

Dienstag

Jetzt ist Gelegenheit, für einen halben Monat den „Klassenkampf" zu bestellen Postbezieher nur beim Verlage

Deutsch-sozialen Partei, Knüppel-Kunze, sprach eben ein anderer im Dienste des Kapitalismus, sprach Georg Cleinow.

Die Diskussion war lebhaft. Zuerst sprach Genosse Hein, der in längeren Ausführungen wissenschaftlich begründete, daß es niemals eine Klassenharmonie zwischen den beiden gegensätzlichen sozialwirtschaftlichen Klassen, zwischen Kapital und Arbeit, geben könne. Diese Klassenharmonie sei schon von anderen Sozialreformern angestrebt worden. Auch sie hätten einsehen müssen, daß es eine Ueberbrückung der Gegensätze niemals geben kann, so lange das kapitalistische System besteht. Nur durch Kampf, den die ausbeutenden Klassen, die Hand- und Kopfarbeiter, gegen die Ausbeuterklasse führen müßten, könnten die Klassengegensätze überwunden werden, und nicht durch Ueberbrückung, sondern durch Aufhebung der Klassen überhaupt. — Nach ihm sprach ein Arbeiter Kluß, der die „Wahrheit" gefunden haben will in dem Grundsatze, keiner a Brief anzugehören. — Als dritter Redner sprach Genosse Schönlank. Unter größter Aufmerksamkeit der Versammlung entwarf er ein Bild von der historischen Entwicklung der Gesellschaft, den großen Kämpfen, den Handelskrisen bis zu der letzten und größten Krise, dem Weltkrieg, der den Zusammenbruch der ganzen bürgerlichen Gesellschaftsordnung gebracht hat. Dieser Zusammenbruch sei zu einer Notwendigkeit geworden, da die Produktivkräfte, die der Kapitalismus geschaffen habe, über die Köpfe der herrschenden Klasse hinausgewachsen seien. Die Produktivkräfte dürften darum nicht länger in der Gewalt derer bleiben, die nicht mehr über sie herrschen könnten, sondern müßten in die Hände der Gesellschaft gelegt werden. Und nur durch diese Umstellung sei der vollständige Zerfall der Wirtschaft und damit die Vernichtung nicht nur des Proletariats, sondern auch der Bourgeoisie zu verhindern. Zum Schluß sprach noch der unabhängige Arbeitersekretär Wielepp.

Der Verlauf der Versammlung war kein Erfolg für die deutschsoziale Partei. Die sachlichen Ausführungen unserer Redner, die Georg Cleinow nicht entkräften konnte, haben sicher viele von den Anwesenden zu ernsterem Nachdenken Veranlassung gegeben und sie werden dabei feststellen müssen, daß der Weg, den die Kommunisten gehen wollen, nicht einmal so unangbar ist, wie es von den bürgerlichen und sozialistischen Zeitungen immer hingestellt wird.

* **Wenn ein Arbeiter in einem „besseren Hause" wohnt.** Daß bei ihm ein Arbeiter, ein ganz gewöhnlicher Schlosser, wohnen darf, paßt dem Hausbesitzer Fr. Schulze, Mauerstraße 2, gar nicht. Und daß dieser Arbeiter auch noch seinen schwerkriegsbeschädigten Schwager zu sich genommen hat und der nun ebenfalls in seinem „herrschaftlichen" Hause wohnen darf, paßt ihm schon gar nicht. Und weil Schulze darüber erbost ist, versucht er durch allerlei Schikanereien diesen Mieter rauszubringen. Das erfolgreichste Mittel sieht er in einem hohen Mietpreis, von dem er glaubt, daß er den Arbeiter veranlassen könnte, freiwillig die Wohnung zu räumen. Nun besitzt aber dieser Arbeiter die Frechheit, sich auf das Gesetz zu berufen, und zahlt nur die Miete, zu der er gesetzlich verpflichtet ist. Das bringt ihm natürlich nicht aur die Kündigung ein, sondern auch noch die Drohung mit einem Zahlungsbefehl und Räumungsklage wegen wiederholten Vertragswidrigkeiten usw. Die Hausbesitzer versuchen eber mit allen Mitteln und auf allen Wegen, die Mieter auszuplündern. Und nicht immer nehmen sie vergebens die Behörden in Anspruch.

* **Die proletarische Bühne des Arbeiter-Bildungs-Vereins** veranstaltet am Freitag, dem 14. Oktober, im kleinen Saale des „Volksparks" eine nochmalige Aufführung des Schauspiels „Wie lange noch?" von Frans Jung. Vor und nach der Aufführung Mandolinenvorträge der Musikabteilung. Vorarnme sind zu haben in der Produktivgenossenschaft, in der Volksbuchhandlung und am Büfett des „Volksparks".

* **Freie Volksbühne.** 1. Aufführungsreihe. „Nathan der Weise". Spieltag D: Mittwoch, den 12., E: Donnerstag, den 13., F: Montag, den 17., G: Mittwoch, den 19. Oktober.

* **Volkshochschule.** Das Wintersemester beginnt am 17. Oktober. Ein reicher Arbeitsplan ist für die Monate Oktober bis Dezember zusammengestellt, der jedem etwas bieten kann. Das Vorlesungsverzeichnis weist 21 verschiedene Ankündigungen auf, teils Vorträge, teils Arbeitsgemeinschaften oder Lehrgänge aus fast allen Gebieten des Wissens und der Kunst. Ein ausführlicher Arbeitsplan liegt in den Verkaufsstellen zur Einsicht aus. Wir werden in den nächsten Tagen noch ausführlicher darauf zu sprechen kommen.

Völlberg. Die Völlberger Hausgenossenschaft, ein kapitalistisches Unternehmen, befindet sich seit längerer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten. Daß diese Schwierigkeiten durch ungeheuerliche Erhöhungen des Mietpreises behoben werden sollen, ist für das kapitalistische Unternehmen der einfachste und schmerzloseste Weg. Bereits im Juli wurde eine Mietpreiserhöhung neben den bereits bestehenden 68 Prozent Zuschlag zur Friedensmiete um weitere 23 Prozent beschlossen. Der größte Teil der Mieter weigerte sich aber damals, eine Erhöhung von 91 Prozent gegenüber dem gesetzlichen Zuschlag von 20 bis 30 Prozent zu bezahlen. Inzwischen haben sich aber einige Mitglieder doch gefügt und den erhöhten Satz von 91 Prozent abgeführt. Die übrigen, die sich auch heute noch weigern, will man jetzt einfach dadurch zwingen, daß man ihnen die Wohnungen kündigt. Diese 20 bis 25 Familien führen seit längerer Zeit einen harten Kampf und wollen in erster Linie erst einmal wissen, wohin der Ueberschuß geflossen ist. Bisher ist nicht einmal eine genaue Abrechnung den Genossenschaftsmitgliedern vorgelegt worden. Es ist darum notwendig, daß auch die übrigen Mieter sich zusammentun und geschlossen die erhöhten Sätze ablehnen, damit einmal Ordnung in die ganze Genossenschaft gebracht werden kann.

Aus der Provinz.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Antibolschewist Minck entlarvt.

Die Wahrheit über Sowjet-Rußland.

Ein Herr Friedrich Minck, Mitglied der USP., reist im Lande umher, um antibolschewistische Propaganda zu betreiben. Er macht seine Arbeit unter einer angeblich objektiven Darstellung der Lage Rußlands, ohne die Gründe für einige Mißstände anzugeben. Ueber seinen Auftraggebern liegt ein geheimnisvoller Schleier. Festgestellt muß aber werden: Trotzdem die Gewerkschaften ständig behaupten, sie seien politisch neutral, benutzt Herr Minck die von den Gewerkschaftskartellen einberufenen Versammlungen, um eine schamlose Propaganda gegen Sowjet-Rußland zu betreiben. Dieses Mitglied der USP. unternimmt seine Propagandareisen in einer Zeit, in der das gesamte deutsche und internationale Proletariat seine ganze Kraft einsetzt, um Sowjet-Rußland, das von einer entsetzlichen Hungerkatastrophe heimgesucht wird, zu helfen, während auf der anderen Seite die internationale Bourgeoisie bereit steht, der proletarischen Republik an die Gurgel zu springen.

Zur Charakterisierung des Herrn Minck sei noch folgendes mitgeteilt: Herr Minck erhielt die Erlaubnis, in Sowjet-Rußland Studien zu treiben. Er benutzte jejne „Studien", um überall herumzumorgeln, alles besser wissen zu wollen, dabei propagierte er syndikalistisch-anarchistische Tendenzen. Um diese „Studien" möglichst ungestört zu betreiben, wurde er Mitglied der russischen Kommunistischen Partei, wobei er fälschlich angab, er habe schon der deutschen KPD. angehört. Infolge seiner geradezu krankhaften Sucht, in dem durch sieben bis acht Jahre Krieg, Bürgerkrieg und Blockade heimgesuchten Land alles herunterzureißen, wurden die russischen Genossen auf ihn aufmerksam, und als er sich noch im Ueberfluß von jemanden, den er zufällig traf, falsche Papiere zur Flucht in die Hände drücken ließ, (was bezeichnend für die Intelligenz Mincks ist), wurde er verhaftet. Seine Freilassung wurde von zufällig in Moskau anwesenden Genossen erwirkt.

Durch diese Verhaftung ist Herr Minck von einem geradezu fanatischen Haß auf Sowjet-Rußland befallen, und macht aus diesem Grunde für alle Folgen des Krieges und der Blockade die Bolschewiki verantwortlich. Hätte sich Herr Minck, wenn er Gast in Deutschland gewesen wäre, so bewegt, wie er es in Rußland getan hat, wäre es ihm wahrscheinlich schlechter gegangen. Bezeichnend für seine Wahrheitsliebe sei nochmals folgendes Gespräch, das Minck mit dem Genossen Paul Scholze in Moskau hatte, und worüber sich Minck, trotzdem es in der Presse veröffentlicht wurde, an keiner Stelle geäußert hat, erinnert. Minck erklärte gegenüber Scholze:

„Ich bin erstaunt gewesen über die Stärke des kommunistischen Gedankens in Rußland. Ich kann und konnte nicht genug die heroischen Leistungen der russischen führenden Kommunisten bewundern. Die Kinderheime und Klubiokale der Arbeiter sind etwas Vorbildliches. Diese Schulen und Bildungsstätten für das Proletariat findet man bestimmt in keinem Land der Erde, und zwingen jeden, den Hut zu ziehen vor solchen Leistungen. Die freiwillige Hingabe der Parteilosen und Nichtkommunisten sei nur auf die Dauer möglich gewesen durch das gute Vorbild, das die Kommunisten bei allen Gelegenheiten gegeben haben."

Auch über seine Haft ließ sich der „Kommunist und Nationalökonom" zu unserem Genossen aus und sagte darüber folgendes:

„Ich habe keinerlei Groll darüber, denn ich selbst habe, ohne daß es mir recht bewußt war, Anlaß gegeben, daß ich verhaftet wurde. Ich habe es sehr gutgehabt, und bin eigentlich froh gewesen, einmal selbst die Gelegenheit gehabt zu haben, die russischen Gefängnisse kennen zu lernen. Ich hatte jetzt mit eigenen Augen gesehen, wie auf diesem Gebiet gegen Sowjet-Rußland gelogen und gehetzt wird."

Das waren Herrn Mincks Ansichten in Rußland, die er deutschen Genossen gegenüber äußerte. Hier aber, im Auftrage von dunklen Hintermännern (von wem bezahlt?) beschimpft und verleumdet er Sowjet-Rußland. Genossen, gebt auf diesen „Ehrenmann" Acht!

Wittenberg. Die rechtssozialistischen Arbeiter gegen Görlitz! Was wir vorausgesagt haben, tritt jetzt ein: Die in der SPD. organisierten Arbeiter sind doch nicht so blöde, wie ihre Führer von ihnen annehmen, und sind mit dem Görlitzer Beschlusse, mit der Deutschen Volkspartei über das „Volk" zu regieren, nicht einverstanden. Das kam auch in der letzten Mitgliederversammlung der Rechtssozialisten deutlich zum Ausdruck. Ihr gelunder Menschenverstand, der den „großen" Führern Scheidemann, Bernstein usw. völlig abhanden gekommen ist, sagt den Arbeitern, daß sie sich nicht nach rechts, sondern nach links entwickeln müssen, wenn die Arbeiterschaft nicht noch mehr Elend als bisher erleiden soll. In der Versammlung wurde eine entsprechende scharfe Entschließung einstimmig angenommen. Wir wollen hoffen, daß sich die rechtssozialistischen Arbeiter von dieser ihrer Ueberzeugung nicht abbringen lassen, selbst wenn jetzt ein großes Wettrennen rechtssozialistischer Führer nach Wittenberg einsetzen sollte, um den Beschluß rückgängig zu machen. Lieber mit den Kommunisten als mit Stinnes, muß auch hier die Losung sein!

Bockwitz. Die Errichtung einer Haushaltungsschule als Unterrichtsfach unter Angliederung an den Volksschulunterricht ist hier geplant. Der Schulvorstand verspricht sich sehr viel davon, zumal die Einrichtung im neuen Schulgebäude vorhanden ist. Auch der Kreisschulrat setzt sich dafür ein. Der Kreis beabsichtigt ein zinsloses Darlehn von 10 000 Mk. für diesen Zweck herzugeben. Der nächste Kreistag am 17. Oktober wird sich damit befassen. Die laufenden Unterhaltungskosten will die Gemeinde Bockwitz selbst aufbringen. Es wird versucht werden, daß die Regierung und die in Betracht kommenden Industriewerke eine Beihilfe gewähren. Diese Einrichtung würde die erste dieser Art im Kreise sein.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen: Fritz Krod; Verlag: Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., für den Bezirk Halle-Merseburg. Mitgl. Verlag Klassenkampf, Druck Hallesche Genossenschaftsdruckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211011-12/fragment/page=0005

Leben - Wissen - Kunst

Licht.

9 Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Paul Löhr schüttelte den Kopf. „Er ist ehrlich, überzeugt, doch taugt er nicht zum Führer. Gehört einer anderen Klasse an."

„Was willst du damit sagen?"

„Die Revolution kann bloß aus dem Proletariat geboren werden und bloß Männer, die dem Proletariat entstammen, sollen es führen. Die anderen verstehen uns nicht. Nur wer die Erde bestellt, mit ihr lebt, kennt die Erde, nur wer durch tiefste Wurzeln mit dem Volk verbunden ist, kennt das Volk. Wir sind weder die Halbtiere, stumpf, roh, seelenlos, für die uns ein Teil der bürgerlichen, vom Dünkel ihrer sogenannten Geistigkeit zerfressenen Intellektuellen hält, noch die durch Arbeit und Not von allen Schlacken gereinigten Heiligen, die Kurt Brühl und seinesgleichen in uns sehen."

„Wir, uns?" fragte Andreas Merz mit einem Blick auf seinen Freund.

Dieser lachte. „Glaubst du, ich gehöre nicht zu euch, weil ich einen Stehkragen trage und studiert habe? Mein Vater war Bergmann, meine Mutter ist elend am Krebs gestorben, weil sie zu arm war, um sich operieren zu lassen. Ich will auch nicht sagen, daß wir die Intellektuellen von uns stoßen sollen, wenn sie ehrlich zu uns kommen. In der neuen Welt, wo Schönheit und Wissen allen gleich gehören werden, ist auch für sie Platz. Freilich nicht für jene, die durch Kniffe und Künste dem Bürger die Zeit verkürzten, seiner Verdauung nachhalfen, sich nie um Wahrheit und Gerechtigkeit gekümmert haben. Die sollen dann ruhig Steine klopfen; das ist wenigstens eine ehrliche Arbeit."

Es war, als sei mit dem Kommen der beiden Männer ein gewaltiges Tor aufgestoßen worden, das nun, weit offen stehend, den Ausblick in eine andere Welt gewährte. Staunend erfuhren Verzagte, Kleinmütige, nicht nur in ihre Finsternis sei das Licht gedrungen, an allen Enden der Erde leuchte es auf, zerreiße die schwarze Nacht der Hoffnungslosigkeit. Kraft gab das Bewußtsein, sie stünden nicht allein im Kampf, eine kleine Schar Wehrloser, sondern allüberall erwüchsen ihnen Bundesgenossen. Jeder einzelne fühlte mit gestähltem Mut, hinter ihm stünden Tausende, durch ein unzerreißbares Band vereint. Offenbarung war dies den Menschen, die eine Nachtwelt in ihrem Bann gehalten hatte.

„Es wird nicht immer so sein!" In aller Gehirne brannten sich diese Worte ein, arbeitserschöpfte Männer sprachen sie aus, vergrämte, sorgengebrochene Frauen flüsterten sie einander zu, sahen dabei mit heller werdenden Augen auf ihre Kinder. Es wird nicht immer sein, daß der größere Teil der Menschen im Elendskerker geboren, sein ganzes Leben darin verbringen wird. Es wird nicht immer sein, daß die Vielen schuften und die Wenigen genießen, es wird nicht immer sein, daß die Kranken sterben müssen, weil ihnen das Geld zur Wiege mangelt. Es wird nicht immer sein, daß des alten Arbeiters Lebenslohn das Armenhaus ist. Leuchtende Träume verwoben den Sommer für die Bergleute, sie glaubten die verheißene Welt schon greifbar nahe, ein einziger Kampf bloß lag zwischen ihnen und ihr.

Warum?

Selbst als die beiden Agitatoren eines Tages von der Polizei abgeführt wurden, vermochte dies nicht niederschlagend zu wirken. Die Bergleute hatten sich organisiert, waren sich ihrer Macht bewußt geworden. Es verlangte sie nach Kampf. Die tote Ruhe, die im Kohlenrevier geherrscht hatte, war verschwunden. Das Leben brodelte, glühte. Aus der Winternacht eisigem Dunkel schoß eine Flame auf, rötete den Horizont, erfaßte um sich greifend alles: Streik.

Elftes Kapitel.

Der erste Streik im Bergwerk. Noch staunten die Streiker über sich selbst, erkannten sie doch zum erstenmal, es sei möglich, die Arbeit niederzulegen. Maschinen, dem Druck einer Hand gehorchend, waren sie bisher des Morgens eingefahren, hatten gearbeitet, waren wieder aufgefahren. Sie hatten keinen eigenen Willen gekannt, fremder Wille hatte sie getrieben, ein mächtiges Muß. Nun sahen sie, dieses Muß konnte gebrochen werden, ihr Wille vermochte es, sich dem fremden entgegenzustellen. Die geforderte Lohnerhöhung war ihnen nicht zugebilligt worden, nun streikten sie. Wie einfach war dies und dennoch wie gewaltig. Sie wollten es — und die Schächte lagen verödet, sie wollten es — und keine Kohle ward mehr ans Tageslicht befördert, sie wollten es — und die Industrie des Landes war gelähmt. Ihr Wille war der Herr, war allmächtig. Verprügelte, ausgebungerte Arbeitstiere, die sie waren, brauchten sie bloß die Hände in den Schoß zu legen, und die Welt wankte. Ohne Waffen würden sie den Sieg erkämpfen.

Andreas Merz schritt dahin wie im Traum. Er strebte dem Förderkorb zu, starrte ihm lange an. Kein Laut war zu hören, Todesstille lag über der Schachteinfahrt. Andreas Merz grub sich die Nägel in die Hände, sein Herz pochte heftig; jählings schossen ihm Tränen in die Augen.

Daheim saßen die Bergleute, feierten, rasteten, todmüde Glieder streckten sich behaglich, blinzelnde, rotgeränderte Augen gewöhnten sich an das Licht. Ja, das war es, sie gewöhnten sich an das Licht. Die Menschen, die ihr Leben in der Finsternis verbrachten, hatten niemals gewagt, ins Licht zu schauen, hatten die Blendung gefürchtet. Nun war das Licht zu ihnen gekommen; sie öffneten die Augen und sahen. Unklar Geahntes ward ihnen offenbar, eine helle Welt winkte.

Andreas Merz lachte laut vor Glück; ihm war, als fielen Fesseln von ihm ab, Verlangen, Sehnsüchte wurden ihm zur Gewißheit. Zum erstenmal in seinem Leben empfand er das Recht auf Glück und fühlte zugleich, er könnte es erlangen.

Er kannte keine Furcht, hatten doch seine Augen das Wunder gesehen, das vom bem Willen der Arbeiter bewirkt worden war. Was alles verbieten nicht die verödete tote Grube? Eine Welt, wo der Arbeiter wie ein Mensch leben, wo es nicht nur kreuzbrechendes Schuften, sondern auch Mußestunden geben wird. Eine Welt, wo freie Menschen freiwillig ihre Kraft der Arbeit schenken.

Eine Stimme schreckte ihn aus seinen Gedanken auf. David Steinberg stand neben ihm, der kleine buckliche Schreiber aus der Kanzlei, zupfte ihn am Rock.

„Andreas, wer noch in dieser Woche die Arbeit aufnimmt, erhält doppelten Lohn. Sag's den anderen."

Schier verständnislos blickte Andreas ihn an.

„Die Arbeit? Was willst du?

Der andere trat näher an ihn heran.

„Die vom christlichen Knappenbund werden alle in die Arbeit gehen."

„Was brauchst du dann uns noch, verdammter Kerl?"

Der Bucklige lachte. „Ich krieg für jeden, den ich überrede, zehn Mark. Sei nicht dumm, Andreas, fahr morgen ein. Laß die anderen die Dummen sein. Doppelter Lohn solange der Streik währt und die Gewißheit, nicht entlassen zu werden. Ueberleg's dir."

„Laß mich in Ruh, buckliger Teufel!"

„Schau, Andreas, die Herren bleiben doch Sieger. Was könnt ihr erreichen, arme, hilflose Leute? Tut's not, so rückt ein Regiment ein; es ist schon davon gesprochen worden. Der Herr Direktor soll gesagt haben: „mit der Peitsche treib ich die Hunde an die Arbeit zurück." Was willst du, immer war der Peitsche der Herr, wird es immer sein."

„Geh zum Teufel!"

„Wirst es dir schon noch überlegen, Andreas. Aber dann komm zu mir, laß einen armen Menschen auch etwas verdienen, hab sieben Kinder, die fressen wollen, das achte ist unterwegs."

„Was gehen mich deine Bankerten an?"

„Bist doch ein Freund der armen Leute. Hab dich ja neulich reden gehört, du hast geschrien, daß die Wände zitterten: „Wir wollen Gerechtigkeit für alle Armen und Unterdrückten!" Bin ich etwa nicht arm?"

„Und füllst deinen eigenen Leuten in den Rücken! Schämst du dich nicht?"

„Schämen?" Der Bucklige dachte nach. „Nein, weshalb soll ich mich schämen? Sieben Kinder und das achte unterwegs . . . Das kostet Geld. Woher soll ich es nehmen? Immer knurrt mir der Magen, kann doch den Kindern nichts wegfressen, muß daheim immer sagen: „Ich bin nicht hungrig, eßt nur." Muß Geld verdienen, wo ich kann."

„Wenn du uns hilfst, werden wir leichter die Welt aufbauen, in der deine sieben Kinder nicht hungern müssen."

Der andere blickte ihn mitleidig an. „Du bist ein Narr, Andreas, glaubst an Märchen. Mein Urgroßvater hat gehungert, mein Großvater und mein Vater auch, ich hungre und meine Urenkel werden auch hungern. Aber wenn du's dir überlegst, so komm zu mir, denk, sieben Kinder und das achte unterwegs."

Er kicherte, wandte sich ab und schritt hastig fort.

Andreas deuchte es, als sei jählings ein schwarzer Schleier über den strahlenden blauen Wintertag gesunken; die unbarmherzige Nacht, der er entkommen zu sein wähnte, griff abermals nach ihm.

„Die vom christlichen Knappenbund werden alle in die Arbeit gehen", hatte der Bucklige gesagt.

Ungeheures Staunen, völlige Verständnislosigkeit überwältigten Andreas Merz. Waren denn die Bergleute, die dem christlichen Knappenbund angehörten, nicht auch Arbeiter, wie die Streiker? Kannten sie nicht die gleiche Not, darbten nicht auch ihre Frauen und Kinder? Verkrüpfte nicht auch sie das feste Band gemeinsamen Elends mit den Kameraden? Was trieb sie an, die eigenen Genossen zu schädigen, gegen sie zu kämpfen? Was veranlaßte sie, mit den Herren zu gehen, die ja auch ihre Feinde waren? Der doppelte Lohn? Andreas Merz grinste höhnisch, natürlich, Habgier, Feigheit, die Angst entlassen zu werden. Aber dies stimmte nicht ganz, er kannte Mitglieder des christlichen Knappenbundes, die stets bereit waren, den Kameraden zu helfen, aus der eigenen Armut zu geben, wenn es Krankheit oder sonst ein Unglück im Hause gab. Auch Feigheit allein war es nicht; Andreas Merz dachte an Wenzel Frihoda, den baumlangen Tschechen, der der Vorsitzende des Bundes war. Unlängst, bei einem kleinen Grubenunglück, war er als erster in den gefährdeten Stollen eingedrungen, hatte, ohne an sein eigenes Leben zu denken, den anderen Hilfe gebracht. (Forts. folgt.)

Gebt Raum.

Gebt Raum! . . . Aus Arbeitsstätten voller Lärm und Braus,
vom Pflug der Felder her und von der Schmieden Graus
und Höllengluten bring' ich,
aus Höhlen, wo das Volk spinnt, hämmert, webt und schafft,
aus Schacht und Gruben steig' ich, und voll freier Kraft
den Ruhm der Arbeit sing ich.

Gebt Raum! . . . Aus Wäldern voll von Nestern und Gesang,
aus Myrtenbüschen und aus dunklem Laubengang,
aus üpp'ger Felder Wonne;
aus blauen Wassern, drauf die zarte Möve kreist,
erheb' ich mich bekränzt und sing als Volkskind dreist
ein Jubellied der Sonne.

Wer hemmt den raschen Strom im zügellosen Lauf,
wer hält des Vogels Flug zum rosigen Himmel auf,
den Pfeil im Reich der Lüfte?
Ich bin der Strom, der schäumt, der Pfeil der funkelnd schwirrt,
ich bin die Schwalbe bald, die durch die Ferne irrt,
die Eule bald der Grüfte.

Kunst, für dich kämpfe ich, Zukunft, ihr harre dein;
und die Gefühle, die im stolzen Flammenschein
mir Herz und Geist durchglühten,
werf ich im Strahlenkleid der Dichtung, voller Glanz,
der Erde und dem Himmel zu als Kranz
von Blitzen und von Blüten!

Ada Negri.

Käthe Kollwitz, die schaffende Frau

Von Erich Knauf.

„Die Kunst ist eine Schöpfung des Mannes." Dieser Satz hat etwas für sich, und er ließe sich beweisen an hunderttausend Beispielen. Zumal in der Malerei. Auch wenn wir nicht die hunderttausend Zeugen hätten, so würde die moderne Psychoanalyse den Satz aufstellen und beweisen.

Aber nun kommt Käthe Kollwitz und stößt diesen Satz um. Sie hat ihresgleichen nicht in der abendländischen Vergangenheit und Gegenwart. Was ist an ihr so unerhört? Sie ist eine Frau wie viele andere, und sie ist eine Mutter, durchaus Weib. Und dennoch Künstlerin, so groß und stark, daß sich vier Fünftel aller malenden (und zeichnenden) Männer vor ihr verstecken müssen.

Bedeutet das Auftreten von Käthe Kollwitz, daß die Kunst aufhört, „eine Schöpfung des Mannes" zu sein? Ist das zuviel gefragt, oder bedeutet diese Frage nicht den Hinweis, daß Käthe Kollwitz die erste künstlerische Frucht des Emanzipationskampfes der Frau ist?

Es liegt nicht nur an den geistigen Hemmnissen des Weibes, daß sie nur wenige schaffende Vertreterinnen in die Säle der Malerei sandte. Diese spärlichen Vertreterinnen sind Angehörige der besitzenden Stände. Ehre Bilder tragen das Signum ihres Milieus. Die Mit- und Nachwelt brachte ihnen mehr Galanterie als Wertschätzung entgegen . . . Das erhellt die Situation. Die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau bis in die jüngste Gegenwart, das ist die Hauptursache, warum die Kunst ausschließlich eine „Schöpfung des Mannes" ist.

Derselbe Kunstwissenschaftler, der die Kunst zu einem männlichen Privileg erklärt, stellt aber auch den Satz auf: Kunst entkeimt dem gesteigerten Selbstbewußtsein. — Wie, so fragen wir nun, sollte die Frau mit dem Joch von Jahrhunderten auf dem Nacken zu künstlerischen Aeußerungen des gesteigerten Selbstbewußtseins kommen? Erst die Umwälzung des Produktionsprozesses verringerte die wirtschaftliche und ideelle Abhängigkeit der Frau vom Manne, verringerte auch den Abstand der Frau von der künstlerischen Produktion. Gleiwie eine aufsteigende Klasse sich die Treppe zur Kunst erobert, so erkämpft sich auch die Frau den Zugang zum künstlerischen Erlebnis und Schaffen. Käthe Kollwitz ist das erste Resultat dieser Entwicklung. Die Triebkraft dieses Entwicklungsprozesses ist proletarischen, sozialistischen Charakters. Es ist darum kein Zufall, daß dieser Charakter die Seele der Kunst von Frau Kollwitz ist.

Käthe Kollwitz wehrt sich dagegen, von bürgerlichen und sozialistischen Zeitungen eine sozialdemokratische Agitatorin genannt zu werden. Sie lehnt es ab, zu einem sozialistischen Propagandawerkzeug gestempelt zu sein. Sehr im Gegensatz zu jenen Hunderten von malenden und zeichnenden Revolutionsgewinnlern, die seit dem Winter 1918 ihre sozialistische oder kommunistische Ader entdeckt haben und nun unter roter Flagge ihr Schifflein, beladen mit den Schreckgeburten ihrer abgrundtiefen Seele, nach der goldenen Küste des Gewinnes steuern möchten. Bei diesen Konjunktursozialisten, bleibt die Revolutionierung auf den Pinsel, auf den Griffel, auf das Handgelenk beschränkt. Bei Käthe Kollwitz steigt sie in das Innerste des Bildes. Käthe Kollwitz weiß nicht, daß sie das Zeug zur Sozialistin hat. Um so besser für ihre Kunst. Die Künstlerin ist die Frau eines Arztes im proletarischen Berlin-N. Das ist ihre bittere, aber eindringliche Schule. Die Umwelt bestimmte den Inhalt ihrer Kunst. Das große Mitleid ist ihre erste und letzte Beziehung zur Gesellschaft. Aber nicht jenes billige Mitleid, das andächtig schwärmt, um nicht helfen zu müssen. Ihr Mitleid ist nicht die Wurzel der bürgerlichen Wohltat. Nein! Ihr Mitleid wächst zur Mitbilfe auf, ihr Mitgefühl macht sie zur Anklägerin, zur Aufrührerin. Sie bleibt nicht dabei stehen, was ist, darzustellen. Sie findet sich nicht ab. (Wie das in der Kunstwarmappe so schön behauptet wird.) Und wenn sie noch so sehr ihre sozialistische Einstellung bestreitet, ihre Bilder zeugen gegen sie. Denn sie zeichnet und radiert nicht nur das proletarische Elend. Sie proklamiert in ihren Bildern die proletarische Empörung. Jawohl: proklamiert. Denn nicht nur auf das Was, sondern auch auf das Wie kommt es an. Sie zeichnet nicht nur den Bauernkrieg und Bilder zu Hauptmanns „Webern" und Zolas „Germinal" — ist das etwa Zufall? — sondern man muß sehen, wie sie ihr Thema auffaßt.

Also zu einigen ihrer Arbeiten:

Ein Blatt aus dem Weberzyklus: Die aufständischen Weber vor der Villa des Fabrikanten Dreißiger. Das Pflaster wird aufgerissen, die Steine werden gegen die verschlossenen Fenster geschleudert, Fäuste gehen hoch. Aexte poltern an das Tor. Trotzdem dies Blatt eine verhältnismäßig frühe Arbeit ist und ihm noch eine gewisse Aengstlichkeit innewohnt, spricht aus ihm doch die volle Erfassung des Hauptmannschen Gedankens. Ueberhaupt ist der Grundzug der „Weber" Gerhart Hauptmanns derselbe wie fast aller Blätter der Frau Kollwitz. Erster Akt: das erst: Grollen aus der Tiefe des Elends. Zweiter Akt: der Ausbruch der letzten Kraft an der Grenze der Verzweiflung. Dritter Akt: der erste Fernwetterschein der Empörung. Vierter Akt: die Revolte. Fünfter Akt: der Rausch der Zerstörung, der Schritt ins Dunkle, das Ziel im Nebel. — Der Ausweg fehlt. Wie es nicht nötig ist, daß Hauptmann im fünften Akt seiner „Weber" den von uns erfehnten Ausweg andeutet, weil das Ziel in der Entwicklungslinie jener fünf Akte liegt, so braucht Käthe Kollwitz diese Andeutung nicht. Ihre Verwandtschaft beschränkt sich nicht auf Hauptmann, mit Zola verbindet sie die gleiche Beziehung. Sie übersetzt Zolas „Germinal" ins Zeichnerische. Und Zola läßt „Germinal" mit einem Schreiten in nebelhafte Fernen enden, aber durch diesen Nebel flutet bereits das Gold des neuen Tages.

Auf allen Arbeiten von Käthe Kollwitz liegt jener halbblind, unklare, aber impulsiv mitreißende Zug, auf allen Bildern wächst aus furchtbarer Qual des Elends der primitive, aber um so drohendere Schrei nach Rache auf, in ihnen wüten Anklagen und Empörung. Aber es fehlt ihnen die Leuchtkraft der Verheißung. Käthe Kollwitz glaubt an die Empörung der geknechteten Menschheit. Aber sie glaubt nicht an die letzte Machtergreifung des Proletariats und an dessen Kraft, die Welt umzubauen. Ihre Arbeiten (und alle Kunstwerke sind unbewußte Bekenntnisse) wissen nichts davon. Wenn man die Dinge so formuliert, dann scheint es berechtigt, daß sich Frau Kollwitz scheut, Genossin zu heißen. Es fehlt ihr die letzte Fortführung der in ihren Arbeiten aufleuchtenden revolutionären Linie. Ihre Auffassung blieb bei den Erlebnissen früherer Jahrzehnte stehen. Dadurch aber, daß sie den Betrachter ihrer Werke zwingt, auf den angeschlagenen Klang zu horchen, führt sie ihn unbewußt nach jenem ihr selbst ahnungsvoll auftämmernden Ziel.

Eine Reihe ihrer Bilder soll kurz zu uns sprechen: „Die Geschwister". Zwei Proletarierkinder, müde, lebensmatt. Und matt und ergreifend einfach von der Künstlerin hingesetzt. Darüber ein Plakat: Spielen auf den Treppenfluren und Höfen ist verboten . . . „Ueberfahren". Proletarierreiteren bringen ihr überfahrenes Kind. Die Mutter ein einziger Ausdruck hilflosen Schmerzes, das Kind ein raumloser Klumpen. Letzte technische Erfassung durch Verzichten auf alles — „Beim Suchen". Eine Mutter auf dem Schlachtfeld. Die Laterne irrt durch die uferlose Nacht. Die zitternde Hand, ach seht nur diese zitternde Hand, befühlt suchend die ermordeten Gesichter. Kein Mann hätte das zeichnen können. Das konnte nur eine Mutter . . . Aber eine Mutter kann noch mehr! Sie wird selbst zum Aufruhr! Seht das so benannte Blatt: Ein Keil heranstürmenden Volkes. Masse und Schrei. Eine Fahne drüber wie ein plumpes Beil. Und vorn eine Frau. Schrecklich aufgereckt. Die Hände in wahnsinniger Erregung in den zerfetzten Himmel hochgeworfen . . . Und dann „Zur Waffenkammer"! Aus der unteren Ecke des Bildes quirlt der Volkshaufen in jäher Diagonale die steile Wendeltreppe empor. Eine Treppe und ein Volkshaufen? Nein! Ein einziger Schrei nach Waffen, ein einziger revolutionärer Wille . . . Käthe Kollwitz hat den ermordeten Liebknecht gezeichnet. Mit wenigen Kohlestrichen, aber genialtig in der Würde und Anlage. Sie hat damit bewiesen, daß sie unter ist. Sie ist die Frau, die teilnimmt an den Kämpfen des Mannes. Sie tröstet nicht nur. Sondern sie ist auch bereit, Wunden zu schlagen, als eine Mutter, die zur Verteidigung gezwungen wird.

Käthe Kollwitz ist die Sprecherin des Proletariats. Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Das Gesicht der Zukunft.

Von Wilhelm Weitling.

Keine Armen! und folglich auch keine Bettler, kein Kummer, Sorge, Gram, Verzweiflung; keine bitteren Tränen des Elends, keine Geringschätzung und Verachtung; keine Unwissenheit, Dummheit, keine ekelhaften Lumpen und Hadern; keine bleichen, ausgemergelten Gesichter und betrübten, traurigen Mienen mehr.

Keine Verbrechen! und folglich auch keine Strafen, keine Richter, Polizei, Gefängnisse, Kerkermeister; keine Gendarmen, Büttel, Gerichtsdiener, Advokaten; keine Klagen, Kläger und Verklagte; keine Gesetzbücher, Akten, Mordbeile, Galgen, Spießruten; keine Angst und Furcht; keine gekünstelten Tugenden und Laster; keine Mörder, Räuber, Diebe, Verleumder und Betrüger mehr!

Keine Herren! und folglich auch keine Bedienten, Knechte, Mägde, Lehrjungen, Gesellen; keine Hohen und keine Niederen, keine Befehle und Unterwürfigkeiten; kein Haß, Neid, Stolz und Uebermut, keine Mißgunst, Verfolgung und Bedrückung mehr!

Keine Müßiggänger und folglich auch keine Taugenichtse, keine sich krank und dumm arbeitenden Sklaven; keine Verachtung und Verhöhnung der Arbeit, keine Last derselben und keine Besorgnis um dieselbe mehr!

Keine Verschwender! und folglich auch kein Mangel; keine Hungerleidenden und Darbenden, keine Neppigkeit und kein Hochmut; keine Schranken losen, die geistigen und physischen Kräfte der Gesellschaft störenden Leidenschaften mehr!

Keine Mächtigen! und folglich auch keine Sklaverei und keine Unterjochung, keine Willkür und keine Herrschaft der Begierden, keine Gewalttätigen, keine Henker und Henkersknechte; keine Beschränkung der allgemeinen Freiheiten und keine Aussaugung der Völker; keine Steuern und Abgaben, keine Fronden und Mißdienste; keine Ausplünderungen, Plünderungen und Brandschatzungen; keine stehenden Heere, Festungen und Zwinger; keine Tyrannen und Blutbunde mehr!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211011-12/fragment/page=0006